



Weltzeit

DAS MADE FOR MINDS MAGAZIN

3 | 2021



Medienkompetenz Puls der Demokratie



Generation Z: Für Kultur begeistern | Nigeria: Fragwürdiges Mediengesetz | DW-Chefredakteurin: Formatfragen |
Ungarn: Medien auf Kuschelkurs | ENTR: Innovativer Mediennachwuchs | Mexiko: Journalisten im Fadenkreuz |
Guatemala: Junge Vorbilder | Indonesien: DW näher am Geschehen

FREUDE.
JOY.
JOIE.
BONN.

Der
Vorverkauf
startet am
4. Dezember
2021

2022

1.-28. Mai www.jazzfest-bonn.de

jazzfest bonn

Karten
an allen
VVK-Stellen
und unter
www.bonnticket.de

Deutsche Post DHL
Group



Sparkasse
KölnBonn



Editorial

○ Zur Lektüre dieser Ausgabe der Weltzeit möchte ich Sie mit einer Nachricht in eigener Sache begrüßen. Nach der Machtübernahme durch die Taliban hat sich die Situation für Journalisten in Afghanistan rapide verschlechtert. Medien wurden in nur kurzer Zeit auf Linie gebracht, für viele Journalistinnen und Journalisten ist dies das Ende ihrer beruflichen Tätigkeit, es gibt Berichte über Fälle von Einschüchterung und sogar Tötungen durch die Taliban.

In diesem Moment war für die DW oberste Priorität, unsere Korrespondenten mit ihren Familien in Sicherheit zu bringen. Dies ist uns mit Unterstützung der Bundesregierung gelungen. Wir konnten bereits einen großen Teil der Menschen, die für die DW aus Afghanistan berichtet hatten, nach Deutschland bringen. Sie werden nun in unserer Redaktion in Bonn zur Berichterstattung der DW über Afghanistan beitragen.

In immer mehr Ländern geraten Medien unter Druck. Regierende machen sich ungeniert an den Säulen einer pluralistischen Gesellschaft zu schaffen.

Demokratien werden durch die Medienkompetenz ihrer Bürger belastbar. Nur wenn Menschen wissen, welchen Quellen sie vertrauen können, wie sie echte von falschen Nachrichten unterscheiden, wie man Kampagnen erkennt und das Überangebot im digitalen Informationsdschungel aussieben kann, können sie gut informiert an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben.

Politische Meinungsbildung in den Medien ist meist gekennzeichnet oder aus dem Kontext erkennbar. In einer

”

Demokratien werden durch die Medienkompetenz ihrer Bürger belastbar.

zunehmend digitalisierten Informationslandschaft können politische Akteure aber auch ohne den Umweg über Journalisten direkt zu ihrer Bevölkerung sprechen. Die Zahl der von Regimes kontrollierten Informationskanäle nimmt rasant zu und damit auch die Flut von Desinformation.

Die Vermittlung von politischer Medienkompetenz bekommt dadurch einen enormen Stellenwert. In Demokratien und anderswo. Das fängt bei den Journalisten an, die ihre Mediennutzenden erreichen müssen. Und Mediennutzende weltweit müssen lernen, wie sie in den Sozialen Medien sicher navigieren.

Die DW und die DW Akademie leisten hier einen wichtigen Beitrag, um über die

Hürden von Desinformation und Zensur hinweg Menschen auf allen Kontinenten Zugang zu unabhängigen Informationen zu ermöglichen.

In dieser Weltzeit beleuchten wir einige Beispiele für die wachsende Bedrohung unabhängiger Medien, die sich schon mitten in Europa manifestiert. ●

Herzlich

Ihr **Peter Limbourg**
Director General

[@dw_Limbourg](https://twitter.com/dw_Limbourg)



© DW/J. Röhl

Die **DW** ist Deutschlands internationale Informationsanbieterin. Unser Job ist Meinungsfreiheit: In 32 Sprachen bringen wir Nachrichten in alle Welt. Eine Viertelmilliarde Menschen nutzen jede Woche unsere TV-, Online- und Radioangebote, um sich frei und unabhängig entscheiden zu können. Unsere DW Akademie unterstützt weltweit die Entwicklung freier Medien. Mehr als 3.000 Menschen aus 60 Nationen sind global für die DW im Einsatz.

Weltzeit ist das Magazin der DW zu Themen rund um Freiheitsrechte, demokratische Werte und unser Engagement für freie Informationen.

Inhalt

3 | 2021

AKTUELLES ERFAHREN

- 8 Podcast *Love Matters*
- 8 JaafarTalk zurück in Ägypten
- 9 ENTR – What's next?

PROGRAMM-INSIDER

- 14 **Formatfragen**
Interview mit Manuela Kasper-Claridge und Jaafar Abdul Karim

TITELTHEMA

- 28 **Journalismus wird kriminalisiert**
Neues Mediengesetz in Nigeria
- 32 **Druck auf Medien**
Polens Regierung schränkt die Freiheit der Medien weiter ein

10 PROGRAMM-INSIDER

Die Gen Z für Kultur begeistern

Die DW entwickelt neue Kulturformate und setzt damit immer wieder Akzente auch auf neuen Plattformen.



46 TITELTHEMA

Tauziehen um Informationen

Die Medienlandschaft in Ungarn wirkt gespalten: Immer mehr TV-Sender und Zeitungen rücken in die Nähe der Regierung, glaubwürdige Informationen bleiben auf der Strecke.



18 TITELTHEMA

Afghanistan braucht eine freie Presse

Nach dem Fall Kabuls wird deutlich, dass die Menschenrechte in Afghanistan ausgehebelt werden. Umso wichtiger ist es, dass Afghanistan in internationalen und Exil-Medien nicht wieder in Vergessenheit gerät.





TITELTHEMA 24

Medien im Fadenkreuz

Mexiko ist eines der gefährlichsten Länder für Journalisten: Sie sind zunehmend massiven Einschüchterungen, Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Politiker haben offenbar vor der Gefahr durch kriminelle Kartelle und Banden kapituliert.



66 MEDIEN ENTWICKELN

Informatecos auf Sendung

Indigene Gruppen in Lateinamerika sind doppelt bedroht: von Covid-19 und Desinformation. In Guatemala sorgen mehr als 800 Jugendliche mit faktenbasierten Informationen in lokalen Sprachen für Aufklärung in der Pandemie.

- 36 **Kampf um die Informationshoheit**
Welche Quellen sind in Myanmar vertrauenswürdig?
- 40 **Riskanter Schauplatz**
Medienfreiheit – Das war einmal in Äthiopien
- 43 **Arabische Medien**
Vielerorts im festen Griff autoritärer Propaganda
- 49 **Internet in China**
Das schwarze Loch
- 52 **Auch digitale Medien auf Kurs bringen**
Der Arm des türkischen Präsidenten reicht bis ins Ausland
- 56 **Ein EU-Ratspräsident zweifelt an der Gemeinschaft**
Der slowenische Regierungschef gibt auf Twitter gern den Trump

GLOBAL MEDIA FORUM

- 60 **Stärkung der lokalen Medien**
US-Historiker Timothy Snyder über Journalismus und Demokratie

DW FREEDOM

- 64 **Anonym dank Zwiebelprinzip**
Online unterwegs, ohne Spuren zu hinterlassen

MEDIEN ENTWICKELN

- 69 **Ein Risiko für die Menschen**
Die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit von Medienschaffenden

WELT ANSCHAUEN

- 72 **Gigantische Umwälzungen**
Georg Matthes über das DW Asia Pacific Bureau in Jakarta

- 74 **Impressum**

Presented by

**BEETHOVEN
FEST BONN**



ERLEBEN, WAS VERBINDET.

4 RUNDEN.

9 TAGE.

GRENZENLOS BEETHOVEN.

2. – 11. DEZ 2021

**INTERNATIONAL TELEKOM
BEETHOVEN
COMPETITION BONN
2 – 11 DEZ 2021**



Ghazanfar Adeli, Kabul

Die Machtübernahme in Afghanistan durch die Taliban hat zu deutlichen Auswirkungen auf die Medien- und Informationsfreiheit geführt. „Angst macht sich breit: Neben den Taliban gab und gibt es nach wie vor bewaffnete Gruppen, die Journalisten und unsere Familien in Gefahr bringen“, sagt DW-Korrespondent Ghazanfar Adeli.

Mittlerweile kann er seine Meinung offen äußern: Zusammen mit weiteren Korrespondenten und deren Familien wurde er aus Afghanistan evakuiert und fand Aufnahme im Rheinland. Adeli: „Es wurde immer schwieriger, sich in meiner Heimat gefahrlos zu bewegen, zu recherchieren und zu schreiben.“

Der Einmarsch der Taliban in Kabul veränderte im Sommer auch die dortige Atmosphäre. „Einwohner in Jeans und Hemden waren im Stadtbild kaum mehr zu sehen“, so der DW-Korrespondent.

Adeli ist erleichtert. Als Journalist im Bonner Funkhaus der DW kann er jetzt in sicherer Umgebung arbeiten und weiterhin etwas für sein Land tun. „Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Phase, in der Entscheidungen über die Zukunft Afghanistans getroffen werden.“ Umso wichtiger sei es, „die Menschen dort mit objektiver Berichterstattung auf dem Laufenden zu halten. Die afghanischen Medien werden dem leider nicht mehr gerecht.“

[@Gh_Adeli](#)

Love Matters: DW startet Podcast mit Evelyn Sharma

Im Herbst startete der englischsprachige Podcast Love Matters, moderiert von der deutsch-indischen Bollywood-Schauspielerin Evelyn Sharma. Er bietet jungen Menschen in Indien einen Raum für Gespräche über Liebe und Beziehungen.



Love Matters, eine Zusammenarbeit der DW und dem Partner The Indian Express, beschäftigt sich mit kontroversen Themen wie sexueller Orientierung, Scheidung und interreligiösen Beziehungen in Indien. Jede Woche stellt Sharma ein Beziehungsthema eines Hörers oder einer Hörerin vor und spricht mit

bekanntem indischen Persönlichkeiten. Zu den Gästen des Podcasts gehören der Sänger Benny Dayal, die Komikerin Kaneez Surka, Dragqueen und Aktivist Sushant Divgikar und die Influencerin Leeza Mangaldas. Der Podcast richtet sich insbesondere an ein junges und vor allem weibliches Publikum.

„Akzeptanz, Verständnis und Fürsorge sind Herzensangelegenheiten“, sagt Evelyn Sharma. „Es gibt viele Themen, die in Indien nach wie vor tabu sind. Mit Love Matters wollte ich einen ‚Safe space‘ schaffen, um darüber zu sprechen.“

Neue Folgen von Love Matters werden wöchentlich auf allen Podcasting-Plattformen veröffentlicht. Die erste Staffel besteht aus zehn Episoden.

Evelyn Sharma ist bekannt für ihre Auftritte in Bollywood-Filmen wie „Yeh Jawaani Hai Deewani“ und „Yaariyan“. Außerdem moderiert sie das Kultur- und Lifestyle-Magazin **Euromaxx** der DW auf Deutsch und Englisch.

[@evelyn_sharma](#)



Anhören auf
Apple Podcasts



Anhören auf
Spotify

JaafarTalk zurück in Ägypten

Nach langer Zwangspause hat die DW wieder eine Ausgabe von JaafarTalk in Ägypten aufgezichnet. Die Regierung in Kairo hatte der DW wegen vermeintlich unausgewogener Berichterstattung seit 2017 keine Drehgenehmigung mehr erteilt.



Davon waren auch Vereinbarungen mit Distributionspartnern betroffen, die keine redaktionellen Inhalte übernehmen konnten. Die Partnerschaft zwischen der DW und dem stärksten ägyptischen Online-Portal Masrawy war schrittweise wiederbelebt worden. Seit September 2020 übernimmt Masrawy auf der Plattform „Yallah Kora“ einzelne Inhalte der DW.

Nun wurde im Kairoer Goethe-Institut eine Sendung zum Thema Frauenrechte koproduziert. Dabei diskutierten Vertreter aus Zivilgesellschaft und Religion mit Politikerinnen Themen wie sexuelle Belästigung, Vergewaltigung in der Ehe und Scheidungsgesetze. Moderator Jaafar Abdul Karim sprach auch mit Opfern häuslicher Gewalt.

Jaafar Abdul Karim: „Es ist großartig, in Ägypten wieder eine Sendung zu produzieren und sehr nah an unserer großen JaafarTalk-Community in Kairo zu sein.“

Petra Schneider, Director of Sales and Distribution: „Die Zuschauer und Internetautzer hier sind eine sehr wichtige Zielgruppe für alle Medien in der arabischsprachigen Welt. Dass die DW als unabhängiges Medium wieder vor Ort produzieren kann und damit die Nähe zu unserem Publikum möglich ist, wissen wir sehr zu schätzen. Ich freue mich darauf, wieder mit mehr Partnern in diesem Land arbeiten zu können.“

Naser Schruf, Head of Middle East Programs: „Eine in Ägypten produzierte Folge von JaafarTalk findet in der gesamten Region eine große Resonanz – auch aufgrund der enormen politischen und kulturellen Ausstrahlung des Landes über dessen Grenzen hinweg. Ägypten verfügt zudem über großen medialen Einfluss in der arabischen Welt.“

Die millionenfachen Video-Abrufe der Sendung in den Sozialen Medien, auch von Nutzenden außerhalb Ägyptens, zeigen den hohen Informationsbedarf gerade der jungen Generation bei Themen, die am Nil selten frei und offen in den Medien angesprochen werden.

[f dw.jaafartalk](#) | [@ dw_jaafartalk](#) | [DWJaafarTalk](#)

ENTR – What's next? / Et après? / Was jetzt? / Ce urmează? / I co dalej? / E agora?

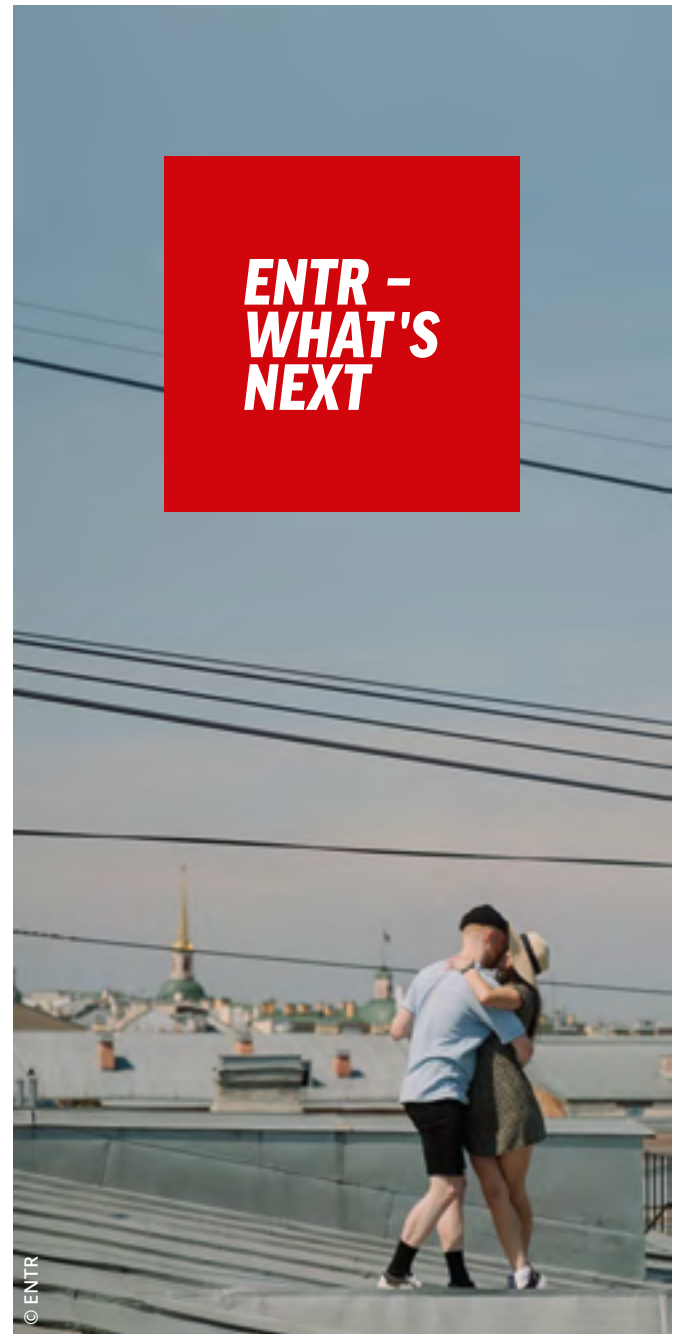
Das sechssprachige Medienangebot für junge Europäerinnen und Europäer verzeichnet mehr als 13 Millionen Video-Abrufe seit dem Start vor vier Monaten. ENTR richtet sich an die Zielgruppe der 18- bis 34-Jährigen und ist eine Kooperation von DW und France Médias Monde mit Medienunternehmen in sechs EU-Ländern.

- Die Themenauswahl kommt an: Klimawandel, Ausbildung und Arbeit, Kultur, neue Technologien, Gesundheit, Migration sowie gesellschaftliche Aspekte wie Solidarität und Gerechtigkeit. Die Social-Media-Videos werden von jungen, divers besetzten Redaktionen in den beteiligten Ländern auf Englisch, Französisch, Deutsch, Rumänisch, Polnisch oder Portugiesisch produziert und anschließend adaptiert.

Die polnischsprachigen Inhalte sind bislang am populärsten und machen rund ein Drittel der Gesamtnutzung aus. Es folgen die Videos auf Französisch, auf Platz drei und vier liegen die englischen und deutschen Beiträge, die vor allem auf Instagram viele Fans haben.

Relevante Inhalte und positive Perspektiven

„Wir sehen, dass sprachübergreifend Inhalte besonders gut laufen, die sich kontrovers und meinungsstark mit Themen wie Gleichberechtigung oder der eigenen Identität auseinandersetzen“, sagt Gönnä Ketels, ENTR-Head of Content. Die Medieninitiative ENTR will den Austausch innerhalb der jungen Generation Europas fördern und das Bewusstsein für eine gemeinsame Identität stärken.



Patrick Leusch, Projektleiter von ENTR: „Der Erfolg bestärkt uns in der Überzeugung, mit dem Projekt einen Nerv getroffen und ein attraktives Angebot für junge Europäer geschaffen zu haben. Wir wollen ENTR mittelfristig auf weitere Sprachen und Medienpartner ausweiten.“

ENTR-Partner

Das digitale Medienangebot wird von der Europäischen Union und dem Auswärtigen Amt gefördert. Neben der DW, die das Projekt koordiniert, und France Médias Monde sind

an ENTR beteiligt in Deutschland: *Zeit Online, Genshagen Stiftung und Good Conversations*; Portugal: *RTP (Rádio e Televisão de Portugal)*; Polen: *RASP (Ringier Axel Springer Polska)*; Rumänien: *G4 Media*; Frankreich: *France Médias Monde (RFI, France 24, MCD)*; Irland: *Tailored Films.*

ENTR auf Deutsch

➔ entr.net/de

f deu.entr

@ de.entr

▶ deentr

Die Gen Z für Kultur begeistern

DW Culture and Lifestyle bietet eine kulturelle Themenvielfalt auf immer mehr Plattformen: Video-on-Demand-Formate zur Kunstszene in den Metropolen Asiens, Eigenheiten der Deutschen bei **Meet the Germans** auf YouTube und Instagram sowie europäische Kultur bei **DW Berlin Fresh** auf TikTok.

Text **Steffen Heinze**, DW-Redakteur

Die DW entwickelt neue Kulturformate und setzt damit immer wieder Akzente auf neuen Plattformen. Doch wie begeistert man kontinuierlich ein internationales Publikum gerade auch für deutsche und europäische Kultur-Themen? „Soweit es ‚globale Formate‘ betrifft, besteht eine Herausforderung darin, solche Konzepte zu entwickeln, die in unseren sehr unterschiedlichen Zielregionen funktionieren. Also in Asien und Afrika idealerweise genauso wie in Südamerika oder den USA“, so Rolf Rische, Director Culture and Lifestyle bei der DW.

Dabei setzt sein Team unter anderem auf Erfolgsproduktionen wie **Euromaxx – Lifestyle Europe**. Das Magazin wird inzwischen in 20 Sprachen adaptiert. Auch humorvolle Formate spielen eine wichtige Rolle, etwa **Meet the Germans**, das vor allem „in den Sozialen Medien Reichweiten im Millionenbereich“ bringt. Moderatorin Rachel Stewart, die vor einigen Jahren aus England nach Deutschland kam, erklärt in den Videos mit einem Augenzwinkern die kulturellen Eigenarten der Deutschen.

Kultur ist ein zentraler Programmauftrag der DW. Und bei der Kulturvermittlung setzt die Redaktion schon lange nicht mehr nur auf das klassische lineare Programm. Dank Social Media „kommen wir mit den Usern intensiver ins Gespräch“, sagt Matthias Frickel, Head of Operations, Culture and Lifestyle. Soziale Medien, so Frickel, „erleichtern über den Dialog hinaus auch den Zugang zu komplexen Themen wie der Geschichte >



> Deutschlands“. Wie wichtig Social Media für die Redaktion geworden ist, zeigen die Abrufzahlen. So zählt allein der englischsprachige YouTube-Kanal **DW Documentary** über drei Millionen Abonnenten und 350 Millionen Video-Abrufe in diesem Jahr. „Wir holen unser Publikum da ab, wo es unterwegs ist“, so Rische. Die YouTube-Kanäle von DW Dokumentation auf Englisch, Spanisch und Arabisch verzeichnen aktuell mehr als acht Millionen Abonnenten. Das Angebot wurde im Herbst 2021 auch auf Hindi und Deutsch ausgeweitet.

„Auf Plattformen wie YouTube haben wir eine interessierte Community aufgebaut, die in den Kommentaren leidenschaftlich auch untereinander diskutiert. Für jeden Zielmarkt die optimale Ansprache und Plattform zu finden – das ist herausfordernd“, weiß Frickel aus Erfahrung.

Doch wie erreicht man junge Zielgruppen? „Die DW hat sich zum Ziel gesetzt, sich in den nächsten Jahren auf Leute zwischen 14 und 40 Jahren zu fokussieren“, sagt Frickel. „Die kurze Form der Information“ sei bei der Generation Z beliebt. Das zeige gerade der TikTok-Kanal **Berlin Fresh**. Mit diesem Kanal erreiche die DW

„junge, weltoffene, lernbereite Menschen, die in ihren Ländern Verantwortung übernehmen wollen. Für viele von ihnen sind Medien wie Instagram, Facebook und Twitter schon fast ‚Old School‘“, fügt Frickel hinzu. Es sei wichtig, auch bei TikTok präsent zu sein, da sich „junge User zunehmend auf solchen Plattformen über

kulturelle und gesellschaftliche Themen informieren“, so Rische.

Auch sogenannte „Hochkultur“ ist nicht nur relevant, sondern gerade auch auf digitalen Ausspielwegen durchaus Reichweiten-trächtig. „Zum Beethoven-Jubiläumjahr 2020 haben wir drei große Dokumentarfilme produziert, die auf

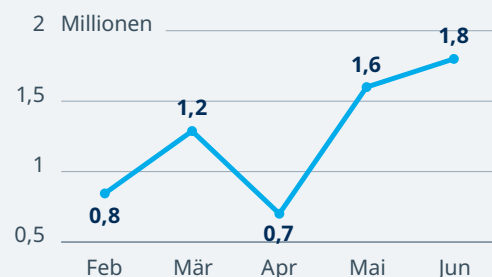
Junges Publikum auf Instagram

Follower unter 35 Jahren auf verschiedenen Instagram-Kanälen der DW



Starker Anstieg bei Berlin Fresh

Video-Views auf dem TikTok-Kanal dw_berlinfresh, Februar bis Juni 2021



Mit Kultur Menschen weltweit erreichen

Im DW-Gesetz, das die Aufgaben des deutschen Auslandssenders beschreibt, heißt es zum transnationalen Kulturauftrag gleich im ersten Satz: „Die Angebote der DW sollen Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und demokratischen Rechtsstaat verständlich machen.“ Außerdem solle die DW „das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker (...) fördern“.

Jede Woche erreicht die DW mit ihren Multimedia-Angeboten in 32 Sprachen auf DW-eigenen Kanälen und über Partner sowie in den Sozialen Medien rund 250 Millionen Nutzende weltweit. Zu den größten DW-Ressorts zählt Culture and Lifestyle, das zahlreiche TV-Sendungen, Social-Media-Kanäle und ein umfassendes Online-Angebot produziert.

großes Interesse gestoßen sind. Also können auch im wahrsten Sinne des Wortes ‚klassische‘ Formate interessant sein“, meint Rische. Dazu gehört der mehrfach preisgekrönte 90-minütige Film **Beethovens Neunte – Symphonie für die Welt**, der zeigt, wie Beethovens „berühmte Neunte in anderen Ländern interpretiert wird und auf allen Kontinenten eine hohe Bedeutung hat“. Der Film, der unter anderem auch bei „Prime Video“ gezeigt wurde, ist abrufbar auf dem YouTube-Kanal **DW Classical Music**. Das Special-Interest-Angebot **DW Classical Music** verzeichnet nach knapp zwei Jahren seit dem Start fast 120.000 Abonnenten und 13 Millionen Video-Abrufe in 2021.

In diesem Jahr starten neue Video-on-Demand-Reihen wie **Art.See.Asia** über die Kunstszene in den Metropolen Asiens, **Ausfahrt Kultur/Destination Culture**, in der Menschen aus einer internationalen Perspektive Kulturräume in Deutschland für sich entdecken und der zusammen mit der digitalen Format- und Produktentwicklung aufgesetzte Podcast **Love Matters** für den indischen Markt. Drei von unzähligen Innovationen und Überraschungen im Programm von DW Culture and Lifestyle. ●



Wir holen unser Publikum da ab, wo es unterwegs ist.



Die DW nimmt in den nächsten Jahren Zielgruppen zwischen 14 und 40 Jahren in den Fokus.

- [dw.com/kultur](https://www.dw.com/kultur)
- [dw.com/culture](https://www.dw.com/culture)
- 📺 [DWdocumentary](#)
- 📺 [DWclassicalmusic](#)
- 📱 [@DW_berlinfresh](#)



Rolf Rische

Director Culture and Lifestyle und Channel Manager des deutschen TV-Programms der DW, absolvierte die Deutsche Journalistenschule in München und wechselte nach Stationen bei den Stuttgarter Nachrichten und dem Südwestfunk Baden-Baden 1992 zur DW. Hier entwickelte der heute 59-Jährige viele TV-Formate, darunter das Lifestyle-Magazin **Euromaxx** und Formate wie **Clipmania**, **German Beats**, **Europe in Concert** sowie **Privatkonzert**. Er verantwortet außerdem zahlreiche preisgekrönte Dokumentarfilm-Produktionen. Im Jahr 2019 gingen unter seiner Leitung die YouTube-Kanäle **DW Euromaxx** und **DW Classical Music** an den Start, 2020 der TikTok-Kanal **dw_berlinfresh**.



Matthias Frickel

arbeitet als Head of Operations bei Culture and Lifestyle der DW. Der 53-Jährige Politologe berichtete für Arte, den RBB und die DW aus mehr als 35 Ländern, interviewte Menschen aus Kultur, Sport und Politik darunter Herta Müller, Mesut Özil und Angela Merkel. Als Redakteur der DW-Magazine **Kultur.21** und **Kick off!** und Doku-Autor wurde er mehrfach ausgezeichnet, etwa mit dem Deutsch-Polnischen Journalisten-Preis (2001, 2013) oder beim Ficts Festival in Mailand (zuletzt 2020). Als Bereichsleiter im Sport entwickelte er erfolgreiche YouTube-Formate. Frickel ist Mitglied der Jury bei den NewYorkFestivals TV & FilmAwards. Zuletzt betreute er die Werkchau der neuen digitalen Formate der **DW 2021 – What’s new, what’s next?**

Format- fragen

Die Sozialen Medien sind aus dem Alltag vieler Nutzenden nicht mehr wegzudenken. DW-Chefredakteurin **Manuela Kasper-Claridge** und **Jaafar Abdul Karim**, Moderator der populären Talkshow *JaafarTalk*, sprechen darüber, vor welchen Herausforderungen Kanäle wie TikTok, Instagram und YouTube Redaktionen stellen – und welche Chancen sie den Sendern bieten.

Fragen **Ivana Drmić**, DW-Redakteurin

○ *Im Rahmen der Digitalstrategie fokussiert sich die DW vermehrt auf digitale und Mobile-First-Angebote. Inwieweit haben On-Demand-Angebote und Soziale Medien die journalistische Arbeit der DW verändert?*

Manuela Kasper-Claridge: Wir sind schneller, flexibler und nutzerorientierter geworden. Welche Bedürfnisse und Themen interessieren? Antworten darauf und Erkenntnisse ziehen wir aus dem ständigen Dialog mit den Usern und aus der engen Zusammenarbeit mit Fachabteilungen im Haus, über Redaktionen hinweg. Da gibt es einen intensiven Austausch.

Jaafar Abdul Karim: Darüber hinaus stehen wir stärker im direkten Kontakt

mit den Nutzenden und unserer Zielgruppe. Wir wissen, welche Themen bewegen. Hinzu kommt: Je mehr Informationen Soziale Medien anbieten, desto mehr müssen wir einordnen und verifizieren. Das Feedback der Nutzenden fällt manchmal sehr deutlich aus. Das ist oft bereichernd und durchaus motivierend.

Stichwort Schnellebigkeit der Sozialen Medien: Was bedeutet das für Ihre Arbeit?

Kasper-Claridge: Wir müssen stärker Prioritäten setzen und nicht versuchen, alles gleichzeitig zu machen. Man muss wissen, wie Nutzende auf den unterschiedlichen Plattformen agieren und welche Formate dort funktionieren. Die Erkenntnisse unserer Experten

Der arabischen Jugend eine Stimme geben: Jaafar Abdul Karim im Flüchtlingslager Zatari in Jordanien im Februar 2020.





bei Audience Development sowie das Wissen unserer Journalisten tragen dazu bei, besser zu verstehen, was Nutzende wollen und welche Formate gefragt sind.

Abdul Karim: Die Diskussionen in den Sozialen Medien sind im Ton schärfer geworden, teilweise emotionaler und weniger sachlich. Die Spaltung der Gesellschaft ist deutlich sichtbar. Umso wichtiger ist es, dass die DW den Dialog anbietet und diesen begleitet. Unsere User sind manchmal selbst überrascht, dass wir unterschiedliche Meinungen zulassen. Einige stört das, aber sie kehren zu uns zurück, weil die Themen, die wir ansprechen, sie im Alltag bewegen. Wir bieten diverse und lösungsorientierte Dialoge. >

JaafarTalk – diversity sparks dialogue

JaafarTalk ist eine multimediale, interaktive, wöchentliche Talkshow, moderiert von Jaafar Abdul Karim. Das meinungsfreudige Format richtet sich an Menschen, die das Gefühl haben, „von gesellschaftlichen, religiösen oder familiären Konventionen zu sehr beengt zu werden“. JaafarTalk wird mit arabischen Partnernsendern an wechselnden Schauplätzen im Nahen Osten koproduziert und ausgestrahlt. Eine zentrale Rolle spielt die Interaktion in den Sozialen Medien. Seit dem Startschuss verzeichnet die Sendung auf Facebook 4,7 Millionen Abonnenten und mehr als zwei Milliarden Video-Abrufe in den Sozialen Netzen.

[f dw.jaafartalk](#)

[@ dw_jaafartalk](#)

[DWJaafarTalk](#)



Jaafar Abdul Karim

arbeitet bei der DW als Moderator und Redaktionsleiter der Talksendung **JaafarTalk**. Er ist Mitglied der Chefredaktion der DW. Der gebürtige Liberianer hat einen Masterabschluss in Leadership und Communication. 2016 wurde er vom deutschen Magazin „Medium“ als „Reporter des Jahres“ ausgezeichnet, 2020 erhielt er den CIVIS-Medienpreis. Die New York Times bezeichnete ihn als „Apostel für Menschenrechte in der arabischen Welt“.

[@JaafarAbdulKari](#)

Manuela Kasper-Claridge

ist seit Mai 2020 Chefredakteurin der DW. Sie kam vor über 20 Jahren zur DW, arbeitete im Bereich Aktuelles und berichtete als Reporterin aus vielen Teilen der Welt. 1998 übernahm sie das Ressort Wirtschaft und war verantwortlich für die Bereiche TV, Online, Radio und Social Media. 2014 übernahm sie die Leitung der Hauptabteilung Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt, 2017 wurde sie zusätzlich stellvertretende Chefredakteurin. Kasper-Claridge initiierte Partnerschaften mit dem Weltwirtschaftsforum und dem Nobelpreisträger-Treffen in Lindau, darüber hinaus entwickelte sie preisgekrönte TV- und Multimedia-Formate wie **Global Ideas**, **Founders' Valley**, **Eco Africa** und **Eco India**.

[@ManuelaKC](#)

➤ *Welche Formate sind besonders gefragt?*

Kasper-Claridge: Faktenchecks und sogenannte Explainer werden von allen Nutzenden – und zwar über Regionen hinweg, sehr stark nachgefragt. Dazu hat auch die Corona-Pandemie beigetragen. Nutzende suchen angesichts des enormen Angebots im Internet mehr denn je nach verlässlichen Informationen. Wir achten stets auf Sachlichkeit und Genauigkeit, und das Angebot muss die Nutzenden da erreichen, wo sie sind. So kommen beispielsweise unsere informativen Unterhaltungsformate auf TikTok gut an. Zur Bundestagswahl haben wir das Format **Merkel's Chair** entwickelt, bei dem sich Menschen sozusagen auf den Stuhl der Bundeskanzlerin setzen und sagen, was sie tun würden, wenn sie Kanzlerin wären. Vor allem junge Menschen waren davon begeistert.

Zur Zielgruppe der DW in den Sozialen Medien ...

Kasper-Claridge: Unsere Hauptzielgruppe reicht von 14- bis zu 40-jährigen. Das heißt, wir müssen die 14- bis 18-Jährigen auf ihren Plattformen eher abholen, zum Beispiel auf TikTok oder Instagram, aber auch YouTube ist mit längeren Formaten gefragt. Unsere steigenden Nutzerzahlen zeigen, dass wir mit diesem Kurs richtig liegen. Was mich besonders freut, ist, dass wir mehr Nutzerinnen haben, in vielen Sprachen und Regionen. Das war und bleibt ein wichtiges Ziel.

Welche Schwerpunkte setzen Sie in den Regionen?

Kasper-Claridge: Wir machen um Tabuthemen keinen Bogen, sprechen sie an. Beispiel Afrika-Programme: Dort sind wir mit der Reihe **77 Percent** erfolgreich, da geht es um teilweise sehr kontroverse Themen, die vor Ort in den afrikanischen Ländern diskutiert werden. Für unser Zielgebiet Asien haben wir die Serie **Sex and the Body** zusammen mit unserer Wissenschaftsredaktion aufgesetzt, in der es um den weiblichen Körper und Sexualität geht. Die Kollegen der Asien-Programme arbeiten eng mit der Wissenschaft zusammen, um genau die Bedürfnisse der Zielgruppe zu verstehen und zu treffen. Einzelne Videos wurden mehr als 15 Millionen Mal abgerufen. Ein toller Erfolg, der weiter anhält.

Welche Rolle spielen Soziale Medien im arabischsprachigen Raum?

Abdul Karim: Soziale Medien haben sich längst auch im arabischen Raum etabliert, sie sind ein wichtiger Teil der Medienlandschaft. Mit **DW Arabia** erreichen wir in unserer Zielregion bis zu 500 Millionen Abrufe monatlich. Unsere Nutzer finden bei uns Themen mit unterschiedlichen Perspektiven, das stellt in manchen regionalen Medien eher die Ausnahme dar. Tabuthemen, die vor Ort nicht so offen journalistisch angesprochen werden, wie wir das tun. Nutzende können ihre Meinung frei äußern und in einen Dialog treten. Unsere User schätzen vor allem Themen zu Menschenrechten, Presse- und Meinungsfreiheit.

Ist Hatespeech in Ihren Redaktionen ein Thema?

Kasper-Claridge: Das ist eine echte Herausforderung. Wir erleben immer wieder Shitstorms, in denen sowohl Kolleginnen und Kollegen als auch unsere Angebote selbst scharf attackiert werden. Dann kommt unser Community Management ins Spiel, das, wo nötig, unsere Nettiquette erklärt und sachlich moderiert. Schlimme beleidigende Posts müssen natürlich gelöscht werden.

Abdul Karim: Wir versuchen, Leute zusammenzubringen und mit Fakten zu antworten. Unser Prinzip: Jeder kann seine Meinung äußern, aber nicht eigene „Fakten“ erfinden. Ein Beispiel: Homosexualität, so die Meinung einzel-

ner, zumeist anonymen Nutzer, sei eine Krankheit. Dem widersprechen wir natürlich umgehend – mit Fakten. Ich selbst erlebe Hatespeech persönlich, wenn ich Themen in meiner multimedialen Talkshow **JaafarTalk** diskutiere, die kontrovers sind. Wichtig ist es, sachlich und mit Fakten zu reagieren. Das ist nicht immer einfach.

Wodurch hebt sich die DW von der Konkurrenz ab?

Kasper-Claridge: Unsere Stärke kann nur Glaubwürdigkeit und Qualität sein. Für mich steht die Qualitätssicherung an oberster Stelle. Wir optimieren derzeit unsere Schlussredaktion und schulen Kolleginnen und Kollegen. Wenn uns doch mal ein Fehler unterläuft, kommunizieren wir das transparent und räumen ein, „hier haben wir einen Fehler gemacht“. Das ist mir sehr wichtig: Qualität zu liefern und glaubwürdig und transparent zu sein.

Abdul Karim: Für den arabischen Raum kann ich sagen, dass wir uns bei der DW durch unsere Diversität von anderen Sendern abheben. Wir bieten eine faktenorientierte und freie, interaktive Debatte auf Augenhöhe. Tabuthemen sowie Themen, die Minderheiten- und Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit berühren, werden frei und unvoreingenommen diskutiert. Wir betonen regelmäßig, dass Diversität ein Anlass für Dialog ist und nicht ein Anlass, um zu spalten. Und unterstreichen das mit Geschichten, die sehr nah an den Menschen sind sowie mit meinungsfreudigen Diskussionen. ●

”
Wir machen um
Tabuthemen
keinen Bogen.



Wenige Monate nach dem Fall Kabuls wird deutlich, dass die Menschenrechte in Afghanistan ausgehebelt werden. Umso wichtiger ist es, dass Afghanistan in internationalen und Exil-Medien nicht wieder in Vergessenheit gerät.



Afghanistan braucht eine freie Presse

Text **Waslat Hasrat-Nazimi**,
Leiterin, Dari and Pashto Service

○ Mit Schrecken verfolge ich Anfang August die Nachrichten: In Afghanistan fallen die Provinzhauptstädte wie Domino-Steine. Agenturen melden: „Die Taliban sind auf dem Vormarsch.“ Für mich und für viele andere, die seit Jahren auf das Land schauen, ist das keine Neuigkeit. Denn seit Jahren haben die militant-islamistischen Taliban große Teile Afghanistans kontrolliert. Jahrelang warteten sie in den Vororten darauf, aus dem Schatten zu kommen und die Macht an sich zu reißen. Trotzdem war ich erschüttert, als die Taliban in die Hauptstadt Kabul einfielen und den Präsidentschaftspalast besetzten. So, wie die meisten Afghaninnen und Afghanen stand ich unter Schock, als die weiß-schwarze Fahne der Taliban gehisst wurde.

Wettlauf gegen die Zeit

Über Nacht hatten zwanzig Jahre westliche Intervention ihre Bedeutung verloren. Die meisten NATO-Länder hatten bereits den Großteil ihrer Soldaten abgezogen. Nun begann ein Wettlauf um die Zeit, um bedrohte Menschen aus dem Land zu bekommen. Menschenrechtsaktivisten, Regierungsvertreter, Künstler, Journalisten und Sportler: Jede und jeder, die oder der die Möglichkeit bekam, versuchte so schnell wie möglich, Afghanistan zu verlassen. Die Evakuierung dieser und anderer Menschen verlief in einem unvorstellbaren Chaos, dessen Absurdität und Würdelosigkeit nur durch einen Terroranschlag, die auf ihre Ausreise hoffenden



© picture alliance/ZUMAPRESS.com/Lcp1. Nicholas Guevara/U.S. Marine



„
**Das Projekt
Menschenrechte in
Afghanistan wurde nie
ernsthaft vollzogen.
Stattdessen verfolgte
man politische
Interessen.**



Menschen am Kabuler Flughafen seinen Höhepunkt fand.

Auch wir, die DW, versuchten, unsere Korrespondenten zu evakuieren. Immer wieder mussten wir herbe Rückschläge einstecken. Erst nach fast einem Monat gelang es uns, 72 Menschen über die Grenze nach Pakistan zu bringen. Ein Hoffnungs-schimmer in dieser so hoffnungslosen Zeit.

Gefahr für die Presse in Afghanistan

Denn für das Desaster in Afghanistan sind wir alle verantwortlich. Das Ende des

Afghanistan-Einsatzes war voraus- und absehbar. Für die Menschen in Afghanistan kommen die Beileidsbekundungen und die Bestürzung zu spät. Der Westen hat auf voller Linie versagt. Milliarden von internationalen Geldern – Steuer-gelder der Bevölkerungen westlicher Nationen – wurden in das Land gesteckt. Vergeblich. Das Projekt Menschenrechte in Afghanistan wurde nie ernsthaft vollzogen. Stattdessen verfolgte man politische Interessen. Zum Leidwesen der Bevölkerung.

Und die Bevölkerung ist es, die am meisten unter der Situation leidet. >

US-Soldaten bei der Evakuierungsaktion auf dem Hamid-Karzai-Flughafen in Kabul, Afghanistan.



Neue Radioangebote für Afghanistan via Kurzwelle

Einen Monat nach der Machtübernahme der Taliban startete die DW am 13. September ein Radioprogramm auf Dari und Paschtu via Kurzwelle, um den Hörern in Afghanistan gesicherte Informationen zukommen zu lassen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass auch in diesen ungewissen Zeiten zuverlässige Informationen nach Afghanistan gelangen.

DW-Intendant Peter Limbourg: „In Afghanistan sind die Medienvielfalt und der freie Zugang zu unabhängigen Informationen akut bedroht. Die DW hat eine erfahrene und sachkundige Redaktion für die Region, die zusätzlich zu unseren Online- und Social-Media-Angeboten mit einem Kurzwelle-Radioprogramm auf Dari und Paschtu zur besseren Information der Menschen in Afghanistan beitragen wird.“

Über die **Frequenzen 15230 kHz** und **15390 kHz** sendet die DW täglich halbstündige Sendungen, um 18:30 Uhr afghanischer Zeit auf Dari und um 19 Uhr afghanischer Zeit auf Paschtu.

Debarati Guha, DW Director Programs for Asia: „Die thematischen Schwerpunkte unseres Programms werden Dialog und Frieden, die Zivilgesellschaft und natürlich Geschlechter- und Menschenrechtsfragen sein. Mit dem neuen Kurzwellen-Programm sind wir bestens vorbereitet, falls das Internet in Afghanistan abgeschaltet oder eingeschränkt werden sollte. Die DW wird die Menschen dort nicht im Stich lassen und sie weiterhin mit ausgewogenen Informationen versorgen.“

- Einer ganzen Generation hat man den Boden unter den Füßen entzogen. Frauen werden gezwungen, sich zu verhüllen, nicht zu arbeiten und Mädchen dürfen nicht mehr zur Schule gehen. Enttäuscht und desillusioniert vom Westen, protestieren afghanische Frauen im ganzen Land deshalb auf eigene Faust gegen diese menschenunwürdigen Einschränkungen – unter gefährlichen Bedingungen und trotz massiver Einschüchterung durch die Taliban.

Der Untergang der afghanischen Medien?

Die Bilder von den Protesten kann man hauptsächlich in den Sozialen Medien verfolgen. Es gibt Berichte über ein Dutzend Journalisten, die über Demonstrationen berichteten und dafür ausgepeitscht und geschlagen wurden. Andere sind



„ Über Nacht hatten zwanzig Jahre westliche Intervention ihre Bedeutung verloren.“

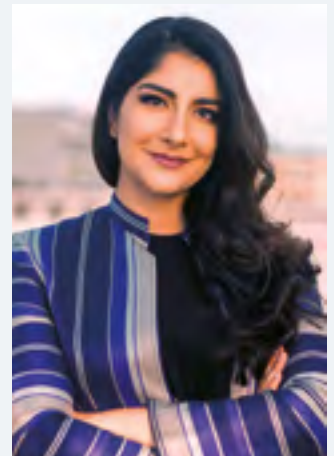


© picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Bernat Armangue

verschwunden. Etliche Journalisten haben die Chance zur Flucht aus Afghanistan genutzt. Die, die bleiben, verstecken sich oder zensieren sich selbst. Hunderte afghanische Medienanbieter mussten ihre Arbeit einstellen. Die Pressefreiheit in Afghanistan – einst als Erfolgsprojekt in der Region gefeiert – wird nun massiv beschnitten.

Ausländische Journalisten, werden vorläufig von den Taliban hofiert. Sie sollen möglichst ein positives Bild nach außen transportieren, damit die neue Regierung Anerkennung und finanzielle Unterstützung erhält. Gleichzeitig reizt einige Journalisten das Abenteuer und die Möglichkeit, mit den Taliban zu sprechen, die viele Jahre als unnahbar galten. Eine Falle, in die nicht wenige westliche Journalisten tappen. Das führt auch zu einer verfälschten und teils obskuren Berichterstattung.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass Medienmacher, die Afghanistan kennen, Erfahrung haben und die Sprachen des Landes sprechen, unterstützt werden. Internationale Medienhäuser wie die DW erhalten eine neue Bedeutung. Gleichzeitig müssen Exil-Medien, die von afghanischen Journalisten geleitet werden, unterstützt werden. Diese Medien müssen unabhängig und frei von jeglicher Gewalt und unzensuriert berichten können. Denn nur auf diese Weise können Informationen aus und nach Afghanistan transportiert werden. Nur durch glaubwürdige und anhaltende Berichterstattung kann auf die Taliban Druck ausgeübt werden. Die 1990er-Jahre, in denen Afghanistan eine Blackbox war, sind vorbei. Weder die afghanischen Medien noch die Menschen in Afghanistan werden kampfflos aufgeben. •



Waslat Hasrat- Nazimi

ist seit 2020 Leiterin des DW Dari and Pashto Service. Sie kam als Kind mit ihrer Familie aus Afghanistan nach Deutschland und ist hier aufgewachsen. Sie nennt heute beide Länder ihre Heimat. Mit ihrer journalistischen Arbeit in beiden Ländern und der Erfahrung aus ihrer eigenen Integrationsgeschichte baut sie heute Brücken zwischen beiden Kulturen.

[@WasHasNaz](#)
[dw.com/dari](https://www.dw.com/dari)
[dw.com/pashto](https://www.dw.com/pashto)

Ein Straßenhändler verkauft Taliban-Flaggen vor der US-Botschaft in Kabul.


Medien im Fadenkreuz

Mexiko ist eines der gefährlichsten Länder für Journalisten: Sie sind zunehmend massiven Einschüchterungen, Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Politiker haben offenbar vor der Gefahr durch kriminelle Kartelle und Banden kapituliert.

Text **Eva Usi**, DW-Redakteurin, Latin America



Bürgerwehren in Michoacán gehen bewaffnet gegen kriminelle Gruppen vor.



”
Wenn die
Drogenmafia
jemanden
töten will,
kündigt
sie es nicht
lange an.

o „Ich versichere dir, dass ich dich finden werde, wo auch immer du dich aufhältst“, droht ein Mann in einem Video. Er behauptet, Rubén Oseguera Cervantes zu sein alias „El Mencho“, Anführer des Kartells Jalisco Nueva Generación (CJNG), das seit der Verhaftung des einst meistgesuchten Drogenbosses in Mexiko und den USA, El Chapo, 2016 als das mächtigste mexikanische Drogenkartell gilt. Die Drohung ist an die Fernsehmoderatorin Azucena Uresti gerichtet, aber auch an andere Mitarbeiter nationaler Medien, etwa der Zeitung El Universal. Der Mann im Video wirft ihnen eine voreingenommene Berichterstattung über die Kämpfe zwischen dem Drogenkartell und Bürgerwehren in Michoacán vor.

Das internationale Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) veröffentlichte kurz darauf eine Erklärung mit der Forderung an die Behörden, der Nachrichtensprecherin Schutz zu gewähren und die Drohungen juristisch zu verfolgen. Die Organisation hält Mexiko für das gefährlichste Land für Journalisten innerhalb der westlichen Hemisphäre. „Die Gewalt gegen Journalisten ist in Mexiko sehr hoch, ebenso die Straflosigkeit. Mehr als 95 Prozent der Verbrechen gegen Journalisten bleiben ungestraft“, so der CPJ-Vertreter in Mexiko, Jan-Albert Hootsen.

Hootsen führt das auch auf Absprachen zwischen Behörden und >



Azucena Uresti ist eine der bekanntesten Journalistinnen in Mexiko.

➤ Kriminellen zurück, insbesondere auf regionaler und kommunaler Ebene. „Es gibt ganze Gebiete in Mexiko, in denen so viele Gewalttaten passieren, dass man nicht weiß, ob sie von den Behörden oder vom organisierten Verbrechen ausgehen. Die Gefahr ist so immens, dass viele Medien sich selbst zensieren.“

„Die Situation macht paranoid“

Das Video mit der Drohung gegen Azucena Uresti sei eine bewusste Ansage an das wirksamste Medium im Land – das Fernsehen, sagt Sicherheitsexperte Raúl Benítez Manaut. „Azucena wird durch Sicherheitskräfte geschützt, aber es gibt andere Journalisten, die ebenfalls kritisch über das CJNG-Kartell und seine Macht berichten“, so der Experte.

Manaut betont, dass führende Journalisten die Drohungen sehr ernst nehmen. „Sie schützen sich, indem sie etwa Reiserouten oder Aufenthaltsorte nicht preisgeben. Die Situation macht paranoid“, sagt Manaut. „Wenn die Mafia jemanden töten will, kündigt sie es nicht lange an.“

Falko Ernst, Mexiko-Beauftragter der International Crisis Group, einer unabhängigen Organisation, die sich mit Konfliktprävention befasst: „Diese Gruppen kämpfen nicht nur um Territorien, sondern auch um die Anerkennung in

„
Pressekonferenzen des
Präsidenten
tragen zu
einem Klima
der Stigmatisierung der
journalistischen Arbeit
in Mexiko
bei.“

Eva Usi

ist mexikanische Journalistin und kam kurz nach dem Fall der Berliner Mauer nach Deutschland, wo sie als Korrespondentin für den Sender Televisa (Mexiko) arbeitete. Sie hatte zuvor Politische Wirtschaftswissenschaft an der Universidad Nacional Autónoma de México studiert. Usi wurde vom Journalistenclub Mexiko für ihre Berichterstattung ausgezeichnet. Im Jahr 1999 kam sie zur DW: Hier arbeitet sie auch als Reporterin für die spanischsprachige TV- und Online-Redaktion.

[@EvaUsi](#)
[➤ dw.com/espanol](https://www.dw.com/espanol)
[DWespanol](#)



der Bevölkerung.“ Deren Rückhalt sei für die Banden absolut notwendig, um die Kontrolle über sie und damit über ganze Gebiete zu behalten.

Sollte hingegen eine kriminelle Gruppe in der Medienberichterstattung allzu offensichtlich als „Übeltäter“ dargestellt werden, so der Analyst, erhöhe sich der politische Druck, der auch den Staat zum Handeln zwingt.

Präsident attackiert die Medien

Hinzu kommt das schwierige Verhältnis zwischen Präsident Andrés Manuel López Obrador und Journalisten, denen er vorwirft, zu kritisch über seine Regierung zu berichten. Ende Juni 2021 führte der

Präsident in seiner täglichen Morgenkonferenz einen neuen Tagesordnungspunkt ein. Der Titel: „Lügen der Woche“. Es geht dabei um die angeblich von mexikanischen Medien verbreiteten „Fake News“.

„Viele Pressekonferenzen des Präsidenten tragen zu einem Klima der Stigmatisierung der journalistischen Arbeit in Mexiko bei. Das stellt eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit von Journalisten dar, die für die Demokratie in Mexiko unerlässlich sind“, ist Asael Nuche, stellvertretender Direktor der Organisation Etelect Consultores, überzeugt. Während López Obradors Amtszeit wurden laut Regierungsangaben mindestens 68 Menschenrechtsaktivisten und 43 Journalisten ermordet. ●

Symbolische Aktion:
Die Journalistin und
Aktivistin Diana
Arango mit einer
verschmierten
Kamera und einer
Presseweste in der
Hand. Sie protes-
tiert vor der mexi-
kanischen Staats-
anwaltschaft gegen
die Ermordung des
Journalisten Nevith
Condes Jaramillo.



Nigeria

Journalismus wird kriminalisiert



Ein neues Mediengesetz soll den Informationsminister mit mehr Befugnissen ausstatten. Medien schlagen Alarm und haben ein Bündnis gebildet mit dem Ziel, die befürchtete Einschränkung der Meinungsfreiheit zu verhindern.

Text **Flourish Chukwurah**, Westafrika-Korrespondentin der DW

Ihr Protest war laut und deutlich: Mit dem neuen Mediengesetz strebe die Regierung einen „Informations-Blackout“ an. „Es geht nicht nur um die Medien, sondern auch um das Recht der Gesellschaft, informiert und gehört zu werden“, hieß es auf den Titelseiten wichtiger Zeitungen des Landes.

Die nigerianische Journalistenvereinigung (NUJ), die Nigerian Guild of Editors (NGE) und der Verband nigerianischer Zeitungseigentümer (NPAN) veröffentlichten eine gemeinsame Stellungnahme gegen das geplante Gesetz. „Das ist unsere Art, Widerstand gegen die Reform der Mediengesetze zu demonstrieren“, sagte der NUJ-Vorsitzende Christopher Isiguzo.

Bei den umstrittenen Gesetzentwürfen geht es um die Nationale



Rundfunkkommission (NBC) und um das Gesetz zur Änderung des nigerianischen Presserats (NPC). Beide Gesetze wurden 1992 vom damaligen Militärregime zur Regulierung der Rundfunk- und Printmedien in Nigeria erlassen. Nachfolgende zivile Regierungen änderten und verabschiedeten die Reformen, doch das erkennbare Ziel blieb eine Zensur der Medien.

Seit Nigeria zu einem demokratischen Regierungssystem übergegangen ist, haben sich die Journalisten gegen die Versuche im Parlament gewehrt, die Medien zu kontrollieren. Jetzt sollen die Reformen auch die Befugnisse der NBC und des NPC im Online-Bereich berühren.

„Wir sprechen über das Recht auf freie Meinungsäußerung. Sieht man sich den Änderungsentwurf kritisch an, wird man feststellen, dass einige der darin enthaltenen Bestimmungen sogar darauf abzielen, den Journalismus zu kriminalisieren“, sagte Isiguzo.

Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen würden es Behörden erlauben, festzulegen, wie Informationen veröffentlicht werden. Wenn Medienorganisationen oder Journalisten sich weigern, dem nachzukommen, könnten sie mit Geldstrafen, Arbeitsverbot oder Gefängnis bestraft werden.

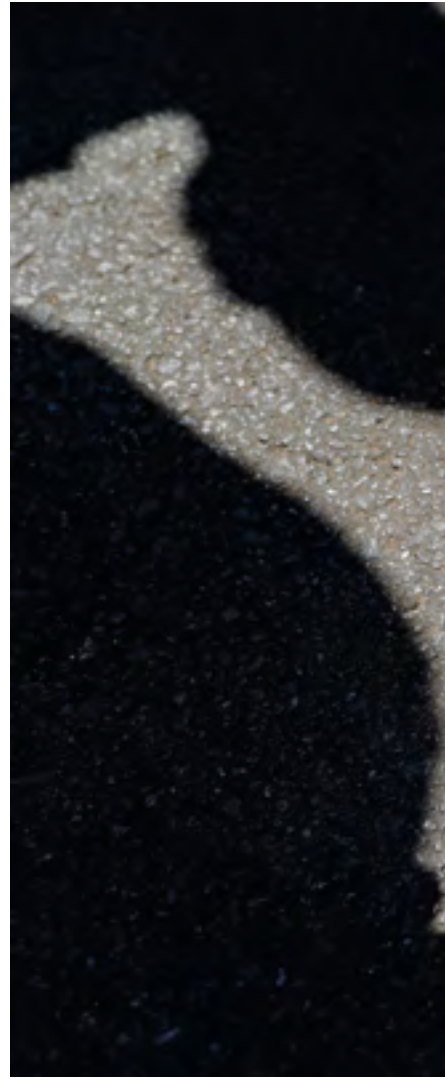
Nach Angaben des International Press Center, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Förderung von Pressefreiheit und Demokratie in Nigeria >



Flourish Chukwurah

ist Westafrika-Korrespondentin für die DW in Lagos, Nigeria. Ihre Beiträge sind bei Politik & Kultur, CNN und der New York Times erschienen. Sie hat einen Master in Rundfunk- und Digitaljournalismus an der Syracuse University in New York erworben.

[@FlourishChukwur](#)



„Wir sprechen über das Recht der Menschen auf freie Meinungsäußerung.“

› einsetzt, wurden im Jahr 2020 mindestens 48 Fälle von Angriffen auf Journalisten und acht Fälle von Angriffen auf Medienorganisationen dokumentiert.

Die Attacken reichen von körperlichen Übergriffen über unrechtmäßige Verhaftungen bis zur Zerstörung von Kameras und Dokumenten, sogar bis zur Lebensgefahr. Bei den mutmaßlichen Tätern handelte es sich nicht um Kriminelle, sondern um die Polizei, das Militär und andere parastaatliche Einrichtungen.

Nigerias Präsident Muhammadu Buhari zeigte schon immer wenig Toleranz gegenüber allem, was seine Regierung in ein schlechtes Licht rücken könnte. Schon als Militärmachthaber in den 1980er-Jahren ließ er Zeitungsredaktionen schließen und Journalisten ins Visier nehmen.

Einen Monat vor der Kontroverse um die Gesetzesänderung ließ die Regierung Twitter auf unbestimmte Zeit verbieten. Auslöser dafür war ein umstrittener Tweet des Präsidenten, der von Twitter als beleidigend eingestuft worden war und

gelöscht wurde. Zudem wurden aus Sicht der Regierung die #EndSARS-Proteste gegen Polizeigewalt im Oktober 2020 durch Twitter angeheizt.

Die Gesetzesänderung ist ein weiterer Versuch zu kontrollieren, welche Informationen die Menschen in Nigeria erhalten und auf welchem Weg. „Wenn die Rechte der Medien nicht mehr garantiert sind, bedeutet das, dass die Demokratie gefährdet ist“, sagte Christopher Isiguzo.

Nach dem Aufschrei der Medienorganisationen wurde der Gesetzentwurf für eine Überprüfung und weitere Gespräche mit den wichtigsten Interessengruppen ausgesetzt. Journalisten forderten, dass die Nationale Rundfunkkommission NBC und der Presserat NPC vollständig aufgelöst werden und die Regelungen über die Medien intern gelöst werden sollten. ●

#EndSARS Proteste gegen Polizeigewalt: Landesweit demonstrierten Menschen gegen die nigerianische Polizeieinheit Special Anti-Robbery Squad (SARS).



© Phill Magakoe/AFP via Getty Images

Startschuss für den DW-TikTok-Kanal in Nigeria

Mit einem Themenmix aus Politik, Kultur und Gesellschaft informiert die DW Jugendliche in Nigeria. Mit @DWnews_lagos ist die DW erstmals mit einem Nachrichtenkanal auf der Social-Media-Plattform TikTok vertreten.

In bis zu dreiminütigen Videoclips greift das DW-Team in Lagos Themen wie die Krise im nigerianischen Gesundheitswesen, die Bevölkerungsexplosion im westafrikanischen Staat oder die Folgen des Klimawandels auf. @DWnews_lagos bietet informative Beiträge mit einem TikTok-Twist. Und das mit Erfolg: Der Account zählt über 21.000 Follower und über 140.000 Likes. Etwa 80 Prozent des Publikums sind Nigerianer, weitere Nutzende kommen aus Ghana und anderen westafrikanischen Ländern. Auch Nachrichten aus anderen Ländern der Region finden Berücksichtigung.

Mit dem Ziel, 14- bis 18-jährige Nutzende zu erreichen, ist der neue TikTok-Account Teil einer

„größeren DW-Initiative“, um ein junges Publikum dort abzuholen, wo es ist in den Sozialen Medien – sagt Christine Laskowski, die den Nachrichten-Account mit entwickelt hat.

Erste Wahl für eine junge Zielgruppe

„Wenn man Teenager erreichen will, ist TikTok die erste Wahl“, sagt Laskowski. „Da TikTok in den vergangenen Jahren so stark in Westafrika investiert hat, war es naheliegend, den Pilotversuch von unserem Studio in Lagos aus zu starten.“ Zum Team in Lagos gehören Flourish Chukwurah, Favour Ubanyi und Victor Panwal. Panwal ist ein lokaler Influencer, der bereits eine Fangemeinde von 1,2 Millionen Abonnenten hat.

[@DWnews_lagos](#)

Polen: Druck auf Medien

Die nationalkonservative Regierungspartei PiS schränkt in Polen die Freiheit der Medien weiter ein. Ein besonderer Dorn im Auge ist führenden Politikern der Fernsehsender TVN, der zum US-Konzern Discovery gehört.

Text **Monika Sieradzka**, Redakteurin, DW Polish

○ Als die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) 2015 an die Macht kam, wurde die „Repolonisierung“ der Medien zu einem der wichtigsten Punkte ihrer politischen Agenda: Heimische Medien sollen in polnischen Händen bleiben – und aus polnischer Perspektive berichten.

Darunter versteht die PiS nichts anderes als eigene nationalkonservative und oft antieuropäische Standpunkte. Diese sollen in den Medien

ihren Niederschlag finden. Kein Wunder, dass die Partei gleich nach dem Antritt der neuen Regierung das öffentlich-rechtliche Fernsehen TVP und den polnischen Rundfunk mit linientreuen Redakteuren besetzte. Die Berichterstattung des de facto verstaatlichten Senders trägt propagandistische Züge, wie man sie noch aus den Zeiten des kommunistischen Systems kennt.

Waren die öffentlich-rechtlichen Medien relativ

schnell auf nationalen Kurs zu bringen, beanspruchte der private Bereich deutlich mehr Zeit „zur Korrektur“. Im Dezember 2020 gelang der PiS ein weiterer Schritt in Richtung „Repolonisierung“: Der staatlich kontrollierte Ölkonzern Orlen kaufte alle polnischen Medien der deutschen Verlagsgruppe Passau auf. Damit sicherte sich die Regierung die Kontrolle über 80 Prozent der Lokalzeitungen im Land und über 500 Online-Portale. >



Proteste gegen die Gesetzesänderung im polnischen Mediengesetz im Sommer 2021: Die umstrittene Reform könnte die Pressefreiheit weiter beschneiden und somit die Arbeit des Privatsenders TVN deutlich einschränken.



› „Nach der Übernahme der im Besitz der Verlagsgruppe Passau befindlichen Medien hat die PiS die Medien mit ihr nahestehenden Leuten besetzt. Journalisten wurden einfach durch politische Propagandisten ersetzt“, sagt Juliusz Braun, Vertreter der Opposition im Rat der Nationalen Medien.

Damit habe die PiS deutlich gezeigt, dass sie auch nicht vor Eingriffen in den privaten Medienmarkt zurückschrecke, so Braun. Alarmiert war auch der damalige polnische Ombudsmann für Menschenrechte, Adam Bodnar: „Das ist ein historisches Moment, der zeigt, dass sich die Regierung in Warschau für einen Kurs entschieden hat, den wir in Ungarn unter Regierungschef Viktor Orbán beobachten konnten.“

Die „Repolonisierung“ sollte schließlich den unabhängigen Sender TVN treffen. Wie ein Damoklesschwert hängen über dem Sender die Drohungen der PiS, die „Kontrolle“ ausländischer Medienkonzerne über die polnischen Medien drastisch einzuschränken. Da TVN zu 100 Prozent dem US-Konzern „Discovery“ gehört, könnte das für den Sender Konsequenzen bis hin zum Entzug der Sendelizenz bedeuten. Dabei ist TVN der Einzige der drei großen Fernsehsender in Polen, der offen proeuropäisch und liberal berichtet. In den investigativen Sendungen wird der PiS besonders genau auf die Finger geschaut. Angesichts der drohenden Einschränkungen hat sich TVN eine Lizenz in den Niederlanden gesichert, um von dort aus das Programm für polnisches Publikum ausstrahlen zu können.

Das US-Außenministerium hatte die Pläne der PiS offen kritisiert – nicht zum ersten Mal. Als 2017 der Sender für eine kritische Live-Berichterstattung aus dem Parlament in Warschau mit einem Bußgeld in Höhe von 350.000 Euro belegt wurde, hatte das State Department in Washington die



© picture alliance/ZUMAPRESS.com/Aleksander Kalka

Die polnische Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* veröffentlicht im Sommer 2021 ein Plakat mit dem Logo des unabhängigen Fernsehsenders TVN auf dem „Wir verteidigen freie Medien“ steht.

Regierung in Polen gewarnt und zur Achtung der Pressefreiheit gemahnt. Die Strafe wurde aufgehoben.

Am schwierigsten zu treffen sind die wenigen unabhängigen Medien, die keine „fremden“, sondern polnische Besitzer haben. In der Regel lassen sich nicht aufkaufen, und die PiS-Regierung bedient sich verschiedener Methoden, um auch ihnen das Leben schwer zu machen. Staatliche Institutionen dürfen inzwischen keine Anzeigen



Monika Sieradzka

berichtet seit 2016 für die DW aus Polen. Davor hat sie als Reporterin, Redakteurin und Moderatorin beim polnischen öffentlich-rechtlichen Sender TVN gearbeitet, der inzwischen von der PiS-Regierung kontrolliert wird. Sie ist Autorin mehrerer Fernsehdokumentationen. Als Mitautorin der Dokumentation „Kinderraub der Nazis“ (DW, MDR) wurde sie mit dem Deutsch-Polnischen Journalistenpreis 2021 ausgezeichnet. Bei der DW schreibt sie über Politik, Geschichte und die deutsch-polnischen Beziehungen.

🐦 @mo_sieradzka
➤ [dw.com/pl](https://www.dw.com/pl)

”
**TVN ist der
 Einzige der
 drei großen
 Fernsehsender in
 Polen, der offen
 proeuropäisch
 und liberal
 berichtet.**

und Bekanntmachungen mehr in liberalen Medien veröffentlichen: ein erheblicher finanzieller Verlust für die Eigentümer. Eine andere Methode, gegen unabhängige Medien vorzugehen, sind Einschüchterungsversuche.

Für den investigativen Journalisten Wojciech Czuchnowski, der mehrere Korruptionsskandale im Regierungslager aufgedeckt hat, ist das schon tägliches Brot. Die PiS und verschiedene Staatsorgane sind gegen mindestens 50 seiner Artikel juristisch vorgegangen. Sie klagten auf Entschuldigungen und auf Geldbußen, jeweils bis zu 12.000 Euro. „Es erschwert meine Arbeit und kostet Zeit, weil ich mich zu jeder Anzeige äußern muss. Das friert meine journalistische Arbeit ein“,

sagt Czuchnowski im Gespräch mit der DW. Er lasse sich nicht einschüchtern. Was ihn stark mache, sei die Unterstützung der Leser.

Auch die TVN-Journalisten können sich auf die Unterstützung ihrer Zuschauer und Kollegen verlassen. Die Demonstrationen gegen ein Gesetz, das sich gegen TVN richtet („Lex TVN“) und für die Pressefreiheit brachten in Polen im Sommer 2021 Tausende Menschen auf die Straßen. Auch im Ausland hagelt es Kritik an der Einschränkung der Pressefreiheit. Auf der jährlich veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (ROG) ist Polen zwischen 2015 und 2021 vom 18. auf den 64. Platz abgestürzt.



Polen demonstrieren im Sommer 2021 in zahlreichen Städten gegen die „Repolonisierung“ der Medien.



Myanmar:

Kampf um die Informationshoheit

Was passiert tatsächlich in Myanmar, was ist nur ein Gerücht? Welche Quellen sind vertrauenswürdig? Für viele Menschen im Land herrscht seit dem Militärputsch im Februar immer weniger Klarheit darüber, ob Nachrichten wahr sind oder nicht.

Text **Rodion Ebbighausen**, Redakteur, DW Asia



○ Auf der einen Seite gibt es die vom Militär kontrollierten Staatsmedien, auf der anderen Seite Zeitungen oder Medienunternehmen, die aus dem Untergrund oder dem Ausland im Sinne der demokratisch gewählten, aber entmachteten Regierung berichten. Die Opposition besteht aus dem „National Unity Government“, aus der „Bewegung des zivilen Ungehorsams“ und aus der Widerstandsarmee „People’s Defense Force“. Hinzu kommen ethnische Minderheiten und Milizen, die teils schon seit Jahrzehnten gegen die Zentralregierung kämpfen.

Jede dieser Gruppen vertritt eigene Interessen. Dies zeigt auch die vollkommen unterschiedliche Berichterstattung der Staats- und Oppositionsmedien über Gefechte zwischen der Armee und Widerstandsgruppen oder Milizen. Was tatsächlich geschehen ist, ist meist kaum festzustellen.

Mit staatlicher Gewalt gegen freie Informationen

Das Militär setzt bei der Kontrolle des Informationsflusses auf Gesetze, >



Der Militärputsch am 1. Februar 2021 in Myanmar löste landesweite Proteste gegen die Militärjunta aus.

➤ Einschüchterung und Zensur. Seit dem Tag des Putsches hat die Militärregierung etwa 100 Journalisten verhaftet, die zwar zum Teil wieder freigelassen wurden, aber mit Prozessen rechnen müssen. Ihnen wird ein Verstoß gegen den neu eingefügten Abschnitt 505 des Strafgesetzbuchs vorgeworfen, der die Verbreitung von Erklärungen, Gerüchten oder Berichten, die die öffentliche Ordnung gefährden, verbietet. Bei Verstoß drohen bis zu drei Jahre Haft.

Kurz nach dem Putsch blockierte die Militärregierung auch den Zugang zu Sozialen Medien. Später kamen Internet-Shutdowns hinzu. Inzwischen ist das Internet zwar wieder verfügbar, aber viele Seiten sind blockiert und nur durch sogenannte VPN-Tunnel und Umgehungssoftware abrufbar.

Deren Verbreitung hat seit dem Putsch landesweit deutlich zugenommen. Das ist ein großer Unterschied zur Machtergreifung des Militärs im Jahr 1988. Damals kamen über das Radio nur spärlich Informationen nach Myanmar. Heute sind dank des Internets mehr Informationen zugänglich. Die Herausforderung besteht vor allem darin, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Aktivismus statt Journalismus

Auch die Opposition und die Medien, die sie unterstützen, wollen eine bestimmte Sicht der Dinge durchsetzen. Sie setzen auf soziale Kontrolle und Selbstzensur. Medien, die aus dem Untergrund berichten, können keine neutrale Position beziehen, ohne den Zorn der Opposition auf sich zu ziehen. Statt den selbstgewählten Namen der Militärregierung zu benutzen, „State Administrative Council“, schreiben sie „State Terrorist Council“. Menschen würden von Sicherheitskräften nicht „verhaftet“, sondern „entführt“.

Ein Journalist in Myanmar sagte der DW: „Es ist nicht



Rodion Ebbighausen

ist Managing Editor der Asien-Abteilung der DW. Neben seiner journalistischen Arbeit forscht er über Südostasien, insbesondere über Myanmar und Vietnam. 2018 veröffentlichte er gemeinsam mit Hans-Bernd Zöllner eine politische Biographie über Myanmars bekannteste Politikerin Aung San Suu Kyi: „The Daughter: A Political Biography of Aung San Suu Kyi“.

[@R_Ebbighausen](#)
[dw.com/asia](https://www.dw.com/asia)

Nach dem Putsch in Myanmar sperrt der Internetgigant Meta sämtliche Facebook-Konten mit Verbindungen zum Militär. Das Unternehmen reagierte damit auf die Kritik nicht genügend gegen Desinformation und Hate Speech in Myanmar zu tun.

„ Das Problem sei, dass viele Journalisten nicht schreiben, was passiert, sondern was die Leute lesen wollen.“

mehr möglich, einen Bericht oder eine Analyse zu schreiben, ohne ein klares Bekenntnis zur Revolution oder zum Militär abzugeben.“ Das Problem sei, dass viele Journalisten deswegen nicht schreiben, was passiert, sondern was die Leute lesen wollen.

Mediale Zweiteilung

Das Land ist nicht nur politisch, sondern auch medial zweigeteilt. Das Militär gibt Medienhäusern, die es wegen vermeintlich staatsfeindlicher Umtriebe verboten hat, keine Interviews. Journalisten, die mit dem National Unity Government (NUG) sprechen, machen sich unter Umständen strafbar, da das NUG vom Militär zu einer terroristischen Organisation erklärt wurde.

Einigermaßen verlässliche Quellen sind internationale Medien wie Channel News Asia, englischsprachige Medienhäuser wie Frontier Myanmar oder The Irrawaddy, die jetzt aus dem Untergrund oder von Thailand aus berichten, oder die BBC, die einen birmanischen Sprachendienst hat.

Mühsames Puzzlespiel

Wer in Myanmar wissen will, was tatsächlich passiert, muss sowohl die Staats- als auch die Oppositionsmedien lesen und anschließend kleinteilige Informationen aus den Sozialen Medien und lokalen Zeitungen zusammentragen.

Das können viele nicht leisten. Zum einen mangelt es im Land an Medienkompetenz. Vielen fällt es schwer, zwischen Fakten und Fiktion zu unterscheiden, was auch damit zusammenhängt, dass sich eine einigermaßen funktionierende Presselandschaft erst in den letzten zehn Jahren entwickeln konnte. Zum zweiten sind viele damit beschäftigt, ihr Leben und ihren Alltag unter den Militärs, mitten in einer verheerenden Wirtschaftskrise und dem grassierenden Corona-Virus zu organisieren. ●



No permission
accreditation refused
Journalist = Terrorist
No Photo!



No way! Fi

Riskanter Schauplatz

Medienfreiheit – das war einmal: In Äthiopien hat der im Jahr 2020 begonnene Bürgerkrieg in der Region Tigray ein raues Klima für Journalisten geschaffen. Premierminister Abiy Ahmed hat längst seine liberale Haltung aufgegeben. Der Staat kontrolliert die Medien, nicht linientreue Journalisten gelten als „Terroristen“.

Text **Tsedale Lemma**,
Chefredakteurin Addis Standard

○ Im Mai 2019 gab es in Äthiopien den Welttag der Pressefreiheit. „Dessen Symbolik ist umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass Äthiopien noch vor einem Jahr als das Land in Afrika galt, das die meisten inhaftierten Journalisten hatte und als eines der repressivsten Länder auf dem Gebiet unabhängiger Informationen und Medien bezeichnet wurde“, rühmte sich Premierminister Abiy Ahmed. Im Jahr 2019 stufte die Organisation Reporter ohne Grenzen Äthiopien in ihrem Weltindex für Pressefreiheit um 40 Plätze besser ein als gegenüber dem Vorjahr.

Dank eines reformorientierten Premierministers war zu dieser Zeit kein einziger Journalist aus politischen Gründen inhaftiert; das währte nur etwa ein Jahr. Die einstigen unrühmlichen Gewohnheiten des Staates, unabhängige Journalisten zu inhaftieren und einzuschüchtern, kehrten schließlich mit aller Macht zurück. Zwischen Mai und Dezember 2020 untersuchten Journalisten der Zeitschrift *Addis Standard* die Inhaftierung von 33 Journalisten, keiner der Betroffenen konnte sich vor Gericht verantworten. Schon bevor der Bürgerkrieg im Bundesstaat Tigray im November 2020 ausgebrochen war, waren kritische und unabhängige Journalisten Ziel von Online-Angriffen. >



„ Die Medien in Äthiopien, wurden durch massive Einschüchterung unter Druck gesetzt oder ganz zum Schweigen gebracht.“

➤ Im Zuge des Bürgerkriegs beschloss die Regierung, die gesamte Kommunikation im Bundesstaat Tigray zu kontrollieren. Bis dahin unabhängige Medien konnten nicht mehr über die Lage in der Region berichten. Der Staat setzte Journalisten massiv unter Druck, bezahlte Lobbygruppen standen zudem hilfreich zur Seite. Von der Regierung verantwortete Gräueltaten, teilweise ausgeübt von verbündeten Truppen aus dem benachbarten Eritrea, blieben meist ungeklärt, kaum jemand berichtete darüber.

Die politisch motivierte Gewalt dehnte sich weit über den Bundesstaat Tigray hinaus aus, Äthiopien wurde zunehmend zum Aufmarschgebiet bewaffneter Kräfte aus dem Nachbarland. Zum Teil kämpften sie gegen die Regierung von Präsident Ahmed. Die noch verbliebenen unabhängigen Medien der Region, insbesondere die in Äthiopien, wurden durch massive Einschüchterung unter Druck gesetzt oder ganz zum Schweigen gebracht.

Allein in den vergangenen zwei Monaten wurden die YouTube-Kanäle Awlo Media und Ethio Forum eingestellt, die sich kritisch mit dem Bürgerkrieg befassten. Die Mitarbeitenden der Informationskanäle wurden verhaftet oder verschwanden spurlos. Erstmals seit 1992 verloren zwei Journalisten in Äthiopien ihr Leben: Dawit Kebede wurde im Bundesstaat Tigray und Sisay Fida in Oromia auf offener Straße erschossen.

Heute zensiert die äthiopische Medienbehörde viele nicht „linien-treue“ Medien des Landes. Im Juli wurde die Zeitschrift *Addis Standard* wegen der Verwendung des Begriffs „Tigray Defense Forces“ rechtswidrig von der Behörde geschlossen. Unabhängige Journalisten vor Ort werden ständig ermahnt, keine Informationen zu verwenden, die von den tigrayischen Behörden stammen. Die Bundesarmee hatte sich aus weiten Teilen des Staates zurückziehen müssen. Und das mitten in einer verheerenden Hungersnot. Die äthiopische Regierung überprüft lokale Medien und bezeichnet nicht-linientreue Journalisten in der Region schnell als „Terroristen“.

Für unabhängige Medienschaffende ist Äthiopien unter der Führung von Premierminister Abiy Ahmed zu einem riskanten Schauplatz geworden.

Dies zeigt auch der jüngste Vorfall: Im Oktober verschwand der Mitbegründer und Chefredakteur des Online-Magazins „Ethiopia Insider“, Tesfalem Waldayes, kurz nachdem er ein Video veröffentlicht hatte, in dem Oromo-Jugendliche bei einem Festival in der Hauptstadt Addis Abeba gegen Premierminister Abiy protestierten. Zwei Tage später bestätigte die Polizei seine Festnahme. Wenig später kam er wieder auf freien Fuß. Waldayes war früher für DW Amharic tätig. ●

➤ [dw.com/Amharic](https://www.dw.com/Amharic)



Tsedale Lemma


ist Journalistin und Gründerin von JAKENN Publishing PLC und des unabhängigen politischen Printmagazins *Addis Standard*. Das monatlich erscheinende Magazin ist eines der führenden Medien in Äthiopien.

🐦 @TsedaleLemma

🐦 @AddisStandard

Arabische Medien:

Im festen Griff autoritärer Propaganda



Bis zum Ausbruch des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 schien die arabische Medienlandschaft relativ überschaubar. Die Sozialen Medien befeuerten zunächst die Proteste, mittlerweile werden sie vielerorts zu Propagandazwecken missbraucht.

Text **Loay Mudhoon**, Leiter Qantara.de

Die staatlich gelenkten Massenmedien fungierten lange als integraler Bestandteil der autoritären Herrschaftssysteme der arabischen Welt. Durch die politische Öffnung im Zuge der ersten Welle der Arabellion schien die Monopolstellung staatlich gelenkter Medien endgültig der Vergangenheit anzugehören. Viele neue, unabhängige Medien entstanden, vor allem Soziale Medien haben sich im Vorfeld des historischen Umbruchs als effektive Instrumente bewährt, um staatliche Zensur zu umgehen. Sie avancierten zudem zu neuen Informationsquellen und zu Brandbeschleunigern der Massenproteste in einigen Ländern.

Doch die autoritäre Restauration in den arabischen Umbruchstaaten ab 2013 führte dazu, dass Medien ihre

neu gewonnenen Freiheiten sukzessive verloren. Insbesondere in Ägypten kontrolliert das Militärregime inzwischen fast alle Massenmedien. In den Sozialen Medien werden Aktivistinnen und Aktivisten denunziert und verfolgt. Die autoritären Regime im arabischen Raum haben offensichtlich dazu gelernt; ihnen ist es gelungen, die Sozialen Medien nicht nur zu kontrollieren, sondern auch für ihre eigenen Propagandazwecke zu nutzen.

Medien im Kampf der Narrative

Die Volksaufstände von 2011 wirken bis heute nach. Die arabischen Autokraten wie Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi und Saudi-Arabiens starker Mann, Kronprinz Mohammed Bin Salman, sind davon überzeugt, dass eine vergleichbare Mobilisierung >



© picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Amr Nabil



Ein Banner zeigt König Salman (rechts), seinen Kronprinzen Mohammed bin Salman (links) und den Gründer Saudi-Arabiens, den verstorbenen König Abdul Aziz Al Saud. Während Saudi Arabiens Al-Arabiya Sender vor der Gefahr von Protesten warnt, berichtet der von Katar finanzierte Sender Al-Jazeera weniger kritisch über die Aufstände im arabischen Raum.

› um jeden Preis verhindert werden muss. Daher versuchen sie, sowohl auf klassische Medien wie auch auf Soziale Medien einzuwirken, um Einfluss auf die Debatten und Diskurse im nationalen wie im panarabischen Kontext zu nehmen.

Auf Facebook und Twitter verbreiten beispielsweise von Regimen gesteuerte Netze und Troll-Armeen Falschinformationen über Regierungskritiker und unabhängige Medienmacher, um sie und die Idee der Demokratie zu diskreditieren und ihr autoritäres Narrativ wirkmächtig erscheinen zu lassen.

Doch die Öffentlichkeit in vielen arabischen Ländern lässt sich nicht so leicht manipulieren, da das arabische Mediensystem grundsätzlich unter einer massiven Glaubwürdigkeitskrise leidet. Außerdem wirkt die Phase der

Medienfreiheit zwischen 2011 und 2013 immer noch positiv bei den arabischen Mediennutzern nach.

Weitere Faktoren erweisen sich zudem als hilfreich, wenn es darum geht, Propaganda zu entlarven: Erstens leisten unabhängige Medienangebote, kleine Inseln der Meinungsfreiheit wie **Mada Masr** und **ALJumhuriya**, enorm wichtige Aufklärungsarbeit. Und zweitens erweist sich der externe Pluralismus panarabischer Medien bei der Entlarvung von Propaganda als effektiv. Das bedeutet: Die regionalen Rivalitäten führen dazu, dass keine bestimmte Sichtweise die panarabische Öffentlichkeit dominiert und andere Erzählungen kritisch beleuchtet werden. Beispielsweise fungiert das von Katar finanzierte Al-Jazeera-Netzwerk als machtvoll Instrument zur Unterstützung der Aufstände,

während das von Saudi-Arabien finanzierte Al-Arabiya-Netzwerk unermüdlich vor den Gefahren unkontrollierter, revolutionärer Dynamik warnte.

Trotz dieser Aspekte bleiben Investitionen in die Förderung von Medienkompetenz notwendig, damit mehr Mediennutzende in der Region für die Merkmale der Desinformation und Propaganda sensibilisiert werden. Angebote zur Förderung von Digital Literacy wie **7iber**, **7amleh** (The Arab Center for Social Media Advancement) und auch **Mada Masr** sollten von westlichen Partnern vor Ort unterstützt werden. ●

- ➔ madamasr.com
- ➔ aljumhuriya.net
- ➔ 7iber.com
- ➔ 7amleh.org



Loay Mudhoon

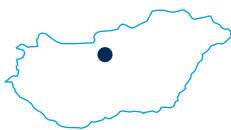
ist Nahost-Experte bei der DW und verantwortlicher Redakteur für das Online-Magazin Qantara.de – Dialog mit der islamischen Welt.

➔ [@Loay_Mudhoon](https://twitter.com/Loay_Mudhoon)
➔ de.qantara.de

Die Medienlandschaft wirkt gespalten: Immer mehr TV-Sender und Zeitungen rücken in die Nähe der Regierung, glaubwürdige Informationen bleiben auf der Strecke. Nur wenigen Internet-Portalen gelingt es gegenzusteuern.

Text **Zsolt Bogar**,
Redakteur, Program for Europe

Ungarn: Tauziehen um Infor- mationen



Nachdem in Ungarn „Werbung“ für Homo- und Transsexualität verboten werden sollte, verzeichnete der Pride-Marsch in Budapest eine Rekord-Teilnehmerzahl. Im Bild: Der Belgrader Pride-Marsch mit einer Darstellung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán.

Im August erschien die ungarische Ausgabe des Modemagazins ELLE mit drei verschiedenen Titelseiten: Allen gemeinsam waren homo- oder bisexuelle Paare in intimen Momenten. Ziel der Redaktion war es, die Vielfalt von Liebesbeziehungen abzubilden. Das Magazin reagierte damit auf das kürzlich verabschiedete ungarische LGBTQ-Gesetz, das die Propagierung von Homosexualität und Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen verbietet.

Die Frauenzeitschrift erntete für die Titelseiten ein großes und überwiegend positives Echo. Die Tatsache, dass in dieser Ausgabe keine Werbung erschien, mag ein Beleg dafür sein, dass das

Gesetz Inserenten verunsichert hat, sich zu dieser auch gesellschaftspolitischen Frage zu positionieren.

Seit der Verabschiedung des LGBTQ-Gesetzes Anfang Juni 2021 gab es in den ungarischen Medien viele Proteste. Vor allem TV-Sender, Streamingdienste und Verlagshäuser, die Millionen Menschen in Ungarn erreichen, reagierten besorgt. Zahlreiche Kunstschaffende und Größen aus dem Sport schlossen sich den Protesten an. Diese erreichten schließlich bei der Fußball-EM (im Zeichen der Regenbogenfarben) ein Publikum weit über die Landesgrenzen hinaus.

Medienhäuser, die nicht das Narrativ der Regierung vermitteln, legten großen Wert darauf, Journalismus >





© Andrej Isakovic/AFP via Getty Images

› nicht mit politischem Aktivismus zu verwechseln. Zum einen wollen sie journalistische Regeln und Werte achten. Zum anderen müssen sie seit Jahren mit dem Vorwurf der Regierung umgehen, Verursacher für Fake News oder sogar Agenten der George-Soros-Stiftung zu sein. Deswegen sind die noch vorhandenen unabhängigen Medienhäuser sehr auf Objektivität bedacht: bei der Berichterstattung alle relevanten Aspekte zu beleuchten, Politiker zu befragen und Informationen von öffentlichem Interesse zu nutzen. Das größte Problem: Die Regierung verschweigt ihrer Ansicht nach Informationen und antwortet nicht auf kritische Fragen.

Unabhängige Medien und auch Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Menschenrechten beschäftigen, stehen in Ungarn schon länger unter Druck. Öffentlich-rechtliche Medien werden zu Handlangern der Regierung, regionale Zeitungen und lokale Radiosender landesweit in den Dienst der Regierungspropaganda gestellt. Die größte ungarische Tageszeitung Népszabadság existiert nicht mehr, die zwei größten Nachrichten-Portale im Internet, Origo und Index, wurden von regierungsnahen Unternehmen übernommen. Zudem deckte die Medieninitiative Pegasus im vergangenen Juli auf, dass kritische Journalisten in Ungarn über deren Mobilfunkgeräte ausgespäht wurden.

Ministerpräsident Viktor Orbán verweist oft auf die vielen oppositionellen Zeitungen in Ungarn, die in einer Diktatur so nicht erscheinen würden. Das Problem ist jedoch nicht, dass es im Land an kritischen Stimmen mangelt, sondern vielmehr, dass der Zugang zu glaubwürdigen Informationen für breite Schichten der Bevölkerung nicht gewährleistet wird. Kritische Informationen erreichen vor allem nicht die

konservativen Fidesz-Wähler in ländlichen Regionen. Diese nutzen hauptsächlich öffentlich-rechtliche Medien, regionale Zeitungen sowie lokale Fernsehprogramme, die regierungsnah sind. Hinzu kommt, dass die Gesellschaft politisch so tief gespalten ist, dass der Medienkonsum und die Frage, welchen Medien man Glauben schenkt, vor allem mit den parteipolitischen Präferenzen zusammenhängt: Jeder verfolgt die ihm politisch nahestehenden Medien.

Vor diesem Hintergrund sei die Erfolgsgeschichte von Telex.hu erwähnt: Das Portal wurde vor einem Jahr von den ehemaligen Journalisten und Redakteuren der Online-Zeitung Index.hu gegründet, nachdem das Portal von einem regierungsnahen Geschäftsmann übernommen und der Chefredakteur entlassen worden war. Telex.hu wird vollständig von den Nutzern finanziert – Mitte August erreichte das Medium mehr als 860.000 Leser täglich. Deutlich weniger, als das Portal Index erzielt.

Diese „Erfolgsgeschichte“ macht indes auch einen Teil der Probleme deutlich, die kritischer Journalismus in Ungarn aufwirft. Vielen Medien bleibt der Zugang zu Informationen einfach verwehrt. Hinzu kommt, dass relevante und objektive Berichterstattung breite Schichten der Gesellschaft nicht mehr erreicht. ●

› telex.hu



”
Kritische
Informationen
erreichen vor
allem nicht die
Fidesz-Wähler
in ländlichen
Regionen.

Zsolt Bogar



ist freier Journalist und Medienberater. Er arbeitet unter anderem für DW Magyar.

Zwischen 2011 und 2016 hat er für die ungarische Online-Zeitung hvg.hu berichtet. Zuvor war er leitender Redakteur beim Nachrichtensender MRI-Kossuth Radio.

Dort war Bogar entlassen worden, nachdem er gegen das neue Mediengesetz der Orbán-Regierung protestiert hatte. Bei einem Migrationsprojekt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn wirkte Bogar als Medienexpert mit.

› [DWmagyar](https://www.dw.com/de/magyar)

Internet in China: Das schwarze Loch

Zensurbehörden in China haben Hochkonjunktur: Ein Schwerpunkt sind die Sozialen Medien, die unter flächendeckender Beobachtung und massiven Eingriffen stehen. Vielen Chinesen fällt es immer schwerer, glaubwürdige Informationen zu entdecken und sie von falschen zu unterscheiden.

Text **William Yang**, Ostasien-Korrespondent der DW

Als die chinesische Stadt Zhengzhou im Juli innerhalb weniger Tage rekordverdächtige Regenmengen verkrachten musste, waren Bilder und Beiträge über die Überschwemmungen auf vielen Straßen, in der U-Bahn und in Wohnblocks auf der beliebten Mikroblogging-Webseite Weibo zu finden.

Einen Tag, nachdem Berichte dazu auf chinesischen Social-Media-Plattformen geteilt wurden, forderten die Behörden >



© picture alliance/dpa/HPI/C/Stringer

Die Überschwemmungen in der zentralchinesischen Provinz Henan kostete Hunderte Menschen das Leben. Die Neun-Millionen-Metropole Zhengzhou verzeichnete die schwersten Regenfällen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

> die Weibo-Betreiber auf, Todesfälle oder verletzte Personen bei der Berichterstattung zu ignorieren. Weibo löschte diese Inhalte wie gewünscht.

Das tragische Ereignis dominierte noch eine Woche später die Sozialen Medien in China. Staatliche Medien und Internet-Nutzende lobten die Rettungsmaßnahmen der Regierung sowie heldenhafte Aktionen von Bürgern. Von erschreckenden Bildern oder Videos, etwa von Fahrgästen, die in den überfluteten U-Bahn-Wagen festsaßen, keine Spur.

Der Vorfall spiegelt Chinas verschärfte Zensur-Politik wider. Eric Liu, ehemaliger „Content Reviewer“ beim chinesischen Portal Sina Weibo, sagte, hinter den Zensurmaßnahmen stecke ein sehr komplizierter Mechanismus. Die Absicht dahinter gehe über das Löschen von Fakten und das Bearbeiten von Inhalten weit hinaus.

„Viele große Internetunternehmen richten regionale Zentren ein, die sich auf die Zensur von Online-Inhalten konzentrieren. Manchmal kommt die Order eher von lokalen Behörden als von der Zentralregierung“, so Liu.

Das Ziel der Zensur bestehe häufig darin, die Gesellschaft zu kontrollieren und Ängste zu schüren. Liu: „Die Zensurbehörde kümmert sich darum, ob die Plattform-Betreiber gegenüber der Kommunistischen Partei loyal und in der Lage sind, Angst innerhalb der Gesellschaft zu schüren“, konstatiert der Internet-Experte.

„
Viele Chinesen
achten nicht
mehr so sehr
darauf, ob die
Informationen
wahrheits-
gemäß sind.“



Feindbild Korrespondent

Die Situation für Korrespondenten in China verschärft sich seit Jahren. Mathias Bölinger war fünf Jahre als Korrespondent in China tätig. Als er mit anderen ausländischen Journalisten über die Flut in der chinesischen Stadt Zhengzhou berichten wollte, wurden sie bei ihrer Arbeit behindert und bedroht.

Bölinger wurde fälschlicherweise für einen BBC-Reporter gehalten, der das Katastrophenmanagement der Lokalregierung hinterfragt hatte. Dieser Bericht stieß auf Kritik bei einigen Internetnutzern auf dem Blogportal Weibo. Aufgrund der Verwechslung wurde Bölinger während einem Live-Schaltgespräch mit der DW in der Provinzhauptstadt Zhengzhou von Passanten bedroht und behindert.

In den vergangenen Monaten hat Mathias Bölinger erlebt, wie der Druck und die Einschüchterung von Auslandskorrespondenten in einem vorher nicht gekannten Maß zugenommen haben. Bölinger hat es dennoch geschafft, Themen zu finden, die Einblick in die aktuelle Situation in China geben. Menschen haben ihm dramatische Geschichten über die Pandemie, die Not der Uiguren und zur Situation in Hongkong erzählt.



Das Video über
den Vorfall ist auf
Twitter verfügbar



© picture alliance/dpa/HPIC/Zhou Bo

Die starken Regenfälle überfluteten die U-Bahn in der Stadt Zhengzhou. Augenzeugen filmten die dramatischen Szenen bei der es Tote gab. In Gedenken an die Verstorbenen, wurden vor der U-Bahn Station Blumen niedergelegt.

So ließ die Regierung Ende August Beiträge der beliebten Schauspielerin Zhao Wei aus dem Internet entfernen. Ihr Name wurde aus allen Fernsehserien, Filmen, Kurzvideos und Werbematerialien auf den großen Streaming-Plattformen gelöscht.

Eric Liu weist darauf hin, dass Zhaos Name zwar nicht mehr zu finden sei, die Diskussion über sie aber immer noch auf wichtigen Social-Media-Plattformen wie Weibo sehr intensiv geführt werde. Dies zeige, dass der Befehl zur Zensur von Inhalten, die sich auf sie beziehen, von einer bestimmten Regierungsbehörde ausgehe.

Immer mehr Chinesen finden Informationen über private Chaträume in

Messaging-Apps wie WeChat. Viele Chinesen, so Liu, achteten nicht mehr so sehr darauf, ob die Informationen wahrheitsgemäß sind. „Private WeChat-Gruppen sind in China zu einem Ort geworden, an dem ein Großteil falscher Informationen entsteht.“

Die Abschottung privater Gruppen auf Social-Media-Plattformen hat dazu geführt, dass Falschinformationen in chinesischen Internet-Angeboten weitverbreitet sind und viele Chinesen auch nicht mehr unterscheiden können zwischen falscher und glaubwürdiger Information. „Das chinesische Internet ist zu einem schwarzen Loch geworden“, sagt Liu. ●



William Yang

ist Ostasien-Korrespondent der DW. Er lebt in Taiwan und berichtet über Politik, Gesellschaft und Menschenrechtsfragen in China, Taiwan und Hongkong.

[@WilliamYang120](#)

Auch digitale Medien auf Kurs bringen

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan scheut nicht davor zurück, die Medien seines Landes komplett unter seine Kontrolle zu bringen. Der Arm des Staatsoberhauptes reicht auch ins Ausland, wo regierungskritische türkische Exil-Journalisten bedroht werden.

Text **Bülent Mumay**, DW Koordinator in Istanbul





Gazeteciler suçlu olarak gösterilmek isteniyor

PRESS
FREEDOM

DEFEND PRESS
FREEDOM!





© Chris McGrath/Getty Images

Die Tageszeitung Hürriyet wurde 2018 von der regierungsnahen Demirören Holding gekauft. Dutzende Journalisten wurden entlassen, das Blatt regierungsnah ausgerichtet.

Medienkompetenz ist ein Fachbereich, der in den 1980er-Jahren an den Universitäten Nordamerikas und Europas Eingang in die Lehrpläne fand. In der Türkei ist Medienkompetenz, auch an den Hochschulen, ein relativ junger Bereich. Dafür nimmt der Druck, den Präsident Erdoğan seit nahezu 20 Jahren auf türkische Medien ausübt, weiter zu. Was das mit Medienkompetenz zu tun hat? Eine Menge, denn viele Türken eignen sich diese Kompetenz nahezu allein an, ständig müssen sie beim Medienkonsum nach der Wahrheit suchen. Auch Erdoğan hat mit Blick auf Medienkompetenz dazu gelernt.

In den ersten Jahren seiner Herrschaft hat sich Erdoğan wenig mit Medien befasst. Er konzentrierte sich darauf, als Reformers dazustehen, auch gegenüber der EU. Anfangs erteilte er Verlegern oder Senderchefs sporadische Anweisungen. Etwa: „Es wäre besser, wenn Sie diese Nachricht nicht veröffentlichen.“ Oder: „Bitte verwenden Sie den folgenden Satz in der Schlagzeile“, lauteten die Ansagen aus dem Präsidentenpalast. Nachdem

Hunderte von Journalisten (darunter auch der Autor dieses Beitrags) auf Druck der Regierung entlassen wurden, übertrugen amtliche Stellen die Medien zunehmend an Erdoğan-nahe Geschäftsleute. Erdoğan's Operation zur Schaffung einer neuen Medienordnung nahm besonders nach den Gezi-Protessen im Jahr 2013 an Fahrt auf.

Laut einer Studie der Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) werden mittlerweile 95 Prozent der Medien in der Türkei direkt oder indirekt vom Präsidenten beherrscht. Als Teile der Öffentlichkeit bemerkten, dass eine Transformation der Medien zu beobachten war, begannen viele Türken, den verbliebenen fünf Prozent der Medien zu folgen. Es ging ihnen darum, objektivere Informationen zu erhalten. Es handelt sich um kleine, unabhängige Medienanbieter, denen es gelang, ihren Einfluss auch ohne Werbeeinnahmen zu steigern. Doch auch diese Anbieter konnten sich dem Verdross Erdoğan's nicht entziehen: Sie wurden mit Strafen und Klagen überzogen.

Der Druck auf inländische Medien durch die Regierung in Ankara hat dazu

geführt, dass ausländische, öffentlich-rechtliche Sender, die auf Türkisch senden, an Relevanz gewonnen haben. Viele Rundfunkanstalten – darunter auch die DW – begannen über Themen zu berichten, die der Mainstream nicht mehr abbildete. Mit Erfolg: Die türkische Öffentlichkeit interessiert sich zunehmend für ihre Inhalte, etwa für DW Türkisch.

Das Erdoğan-Regime zögerte nicht, auch Rundfunksender wie die DW und die BBC an die Kandare zu nehmen. So müssen Sender regelmäßig eine Lizenz bei der staatlichen Medienaufsichtsbehörde RTÜK beantragen. Auch Anträge von Journalisten auf offizielle Presseausweise in der Türkei bleiben lange unbeantwortet. Türkische DW-Ortskräfte können sich bei vielen Terminen ohne das Papier nicht akkreditieren. Oft werden sie zudem von der Polizei von Veranstaltungen abgehalten.

Ob ausländische oder inländische Medien: Dem Druck des Regimes kann man sich kaum entziehen. Aber auch die Türkei zu verlassen, ist für Medienvertreter keine Lösung, denn die Politik hat einen

langen Arm. Unsere Kollegen, die sich in Deutschland niedergelassen haben, um vom Journalismus zu leben, werden teilweise angegriffen, sobald sie die türkische Regierung kritisieren. Ein Beispiel: Der in Berlin lebende Journalist Erk Acarer wurde offenbar ins Visier genommen und vor seinem Haus von bisher Unbekannten attackiert.

Jetzt versucht Präsident Erdoğan, auch die digitale Welt auf seinen Kurs zu bringen. Die Regierung glaubt, die Wahrheit verbergen zu können, wenn sie die Sozialen Medien unter Kontrolle hat. Erdoğan, dessen Zustimmung in der Bevölkerung von Tag zu Tag abnimmt, will vor den Parlamentswahlen 2023 nichts dem Zufall überlassen.

So bereitet die Regierung ein neues Social-Media-Gesetz vor, das Erdoğans Experten unter dem Vorwand der „Bekämpfung von Terrorismus“ ausgearbeitet haben. Denjenigen, die „falsche Nachrichten“ verbreiten, drohen bis zu fünf Jahre Gefängnis. Es obliegt einzig und allein Präsident Erdoğan zu beurteilen, was wahr und was falsch ist. ●

”
**Es obliegt
 einzig und
 allein Präsident
 Erdoğan zu
 beurteilen,
 was wahr und
 was falsch ist.**

Bülent Mumay

arbeitete über 19 Jahre für die Tageszeitung Hürriyet, eine der einflussreichsten Zeitungen in der Türkei. Aufgrund des politischen Drucks musste er als Online-Chefredakteur zurücktreten. Er wurde nach dem Putschversuch am 15. Juli 2016 festgenommen. Seit fünf Jahren schreibt er regelmäßig für die FAZ und arbeitet seit mehr als zwei Jahren als Koordinator für die Redaktion von DW Türkisch in Bonn.

🐦 @BulentMumay
 ➔ [dw.com/turkish](https://www.dw.com/turkish)
 📺 DWtürkçe



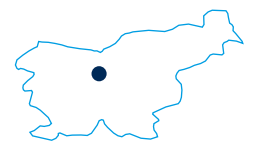
Ein EU-Ratspräsident zweifelt an der Gemeinschaft

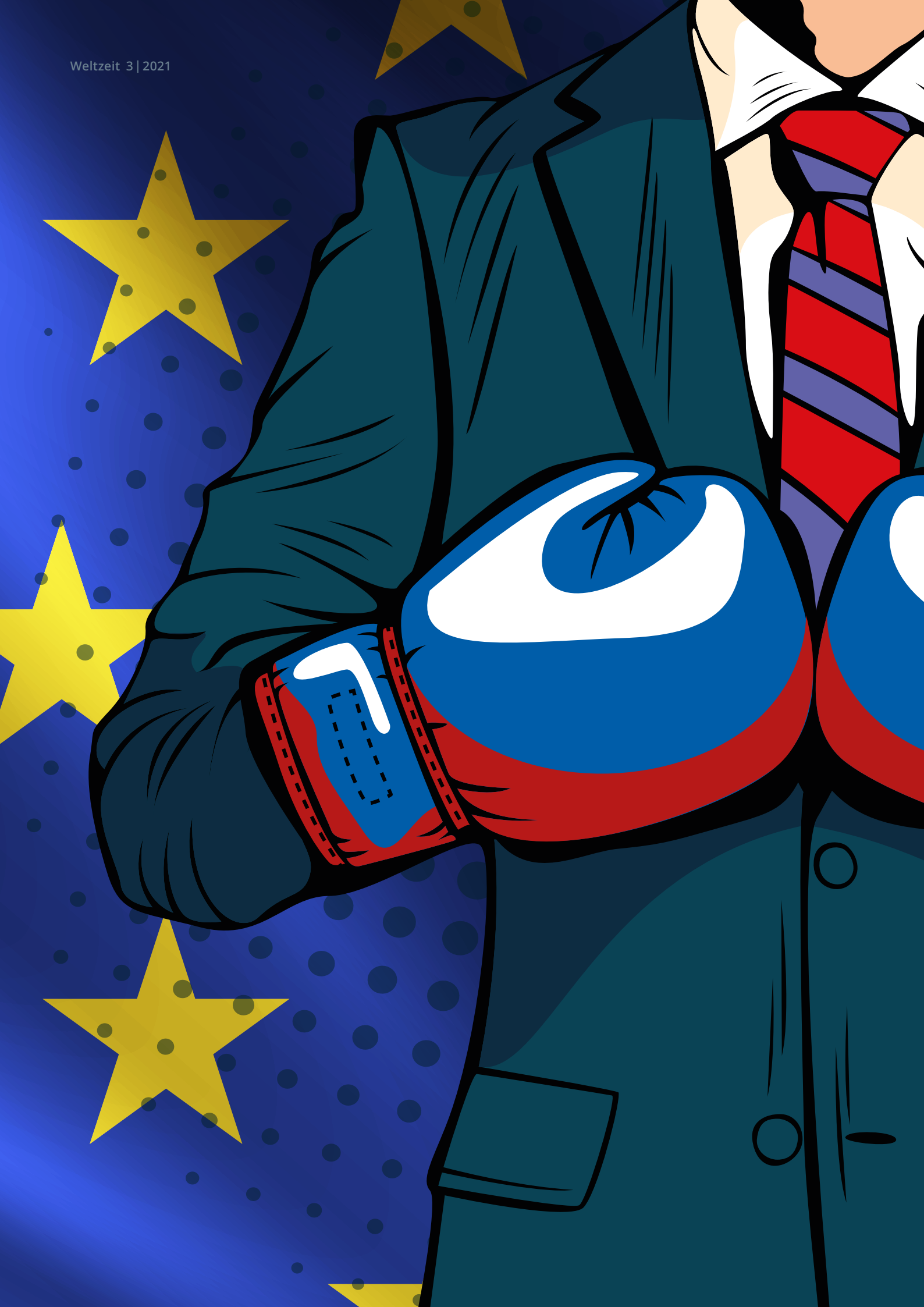
Er beschimpft Journalistinnen als Prostituierte und wettert gegen *Migrationskorridore* für Flüchtlinge aus Afghanistan. Der slowenische Regierungschef Janez Janša gibt auf Twitter gern den Trump. Sein Land hat noch bis Ende 2021 den Vorsitz der EU inne. Kritiker bezweifeln, dass Janša im besten Interesse der Gemeinschaft handelt.

Text **Alexandra von Nahmen**, Studioleiterin DW-Büro, Brüssel

Die Evakuierung in Afghanistan dauerte noch an, da twitterte Janez Janša schon eifrig – mit einer klaren Botschaft: „Die EU wird keine Migrationskorridore für Afghanistan öffnen. Wir werden die strategischen Fehler aus 2015 nicht wiederholen. Wir müssen nur denjenigen helfen, die uns während der NATO-Operation geholfen haben“, schrieb der slowenische Regierungschef. Darunter postete er vier Archivfotos, die lange Schlangen von Geflüchteten zeigten.

Ist das die richtige Botschaft eines Politikers, dessen Land gerade die Ratspräsidentschaft innehat? Kann Janša kontroverse Themen wie die Frage einer gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik vorantreiben und bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedsländern vermitteln, wie es die anderen





> EU-Staaten vom rotierenden Ratsvorsitz eigentlich erwarten? Viele Mitglieder des europäischen Parlaments zweifeln daran.

Ein Ministerpräsident, der sich gern auf Twitter fetzt

„Zum ersten Mal steht unser Land im Rampenlicht – nicht wegen einer soliden Ratspräsidentschaft, sondern wegen der Brachialrhetorik unseres Ministerpräsidenten, der sich gern fetzt“, sagt Tanja Fajon, Chefin der oppositionellen slowenischen Sozialdemokraten und Mitglied im EU-Parlament. Sie wirft Janez Janša vor, die europäischen Werte nicht zu respektieren. „Er steuert unser Land in die falsche Richtung und verändert den Charakter der slowenischen Gesellschaft. Bislang unabhängige Institutionen wie Medien, Justiz, aber auch das Militär und die Polizei werden politisch instrumentalisiert“, so Fajon.

Beobachter in Brüssel befürchten, Janša führe sein Land auf einen autoritären Pfad, ähnlich wie Viktor Orbán in Ungarn. Besonders in der Kritik stehen Janšas verbale Attacken auf Journalisten und Politiker, die es wagen, ihn zu kritisieren. Seine Regierung hat sich zudem monatelang

Geflüchtete und Asylsuchende in Slowenien im Sommer 2015. Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša lehnt die EU-Flüchtlingspolitik ab und twitterte im August 2021, dass die EU ihre Grenzen nicht für afghanische Flüchtlinge öffnen werde.



Alexandra von Nahmen

leitet das Studio der DW in Brüssel. Davor hat sie das Studio in Washington D.C. und in Moskau geleitet. 2020/2021 war sie Präsidentin der White House Foreign Press Group.

[@AlexandravonNah](https://twitter.com/AlexandravonNah)



geweigert, die Finanzierung der unabhängigen staatlichen Nachrichtenagentur STA nachhaltig zu sichern. Slowenien hat bisher auch keine eigenen Ankläger an die EU-Staatsanwaltschaft entsandt. Das schwächt die neue Behörde, die Korruption in der Gemeinschaft bekämpfen soll. Der nationalkonservative Regierungschef hat außerdem Viktor Orbán im Streit um das ungarische LGBT-Diskriminierungsgesetz unterstützt – obwohl Slowenien als liberal und weltoffen gilt.

Ein Orbán-Freund an der Spitze der EU-Staaten

Kein Wunder also, dass es in Brüssel Kritik hagelte, als Janša dort zum Auftakt der Ratspräsidentschaft im Juli 2021 sein Programm vorstellte. „Leider scheinen Sie diesem sehr finsternen Club angehören zu wollen, der freie Medien nicht schätzt, die Unabhängigkeit der Justiz nicht erträgt oder LGBTQ-Rechte nicht respektiert“, brachte ihm Malik Azmani

von der liberalen Fraktion im EU-Parlament entgegen. Die Ko-Fraktionsvorsitzende der Grünen, Ska Keller, hielt Janša vor, dem Kurs der illiberalen Demokratie zu folgen: „Das ist gefährlich für die europäischen Werte, die Ihre Präsidentschaft angeblich hochhalten will.“

Die Sozialdemokratin Tanja Fajob zeigte sich gegenüber der DW besorgt. „Ich würde mir wünschen, dass unsere Ratspräsidentschaft erfolgreich ist.“ Der EU-Vorsitz sei für ein kleines Land wie Slowenien eine Chance, Positives zu fördern, fügte die Abgeordnete hinzu.

Vermittler gesucht

Die EU könnte durchaus einen Vermittler gut gebrauchen. Die Europäische Kommission liegt seit längerem im Streit mit Ungarn und Polen um die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien. Dabei geht es auch um die Frage, ob und inwieweit das EU-Recht über nationalem Recht steht. Ein Streit, der sich in den letzten Wochen immer wieder zugespitzt hat.

Aber Janez Janša hat sich bereits positioniert. Beim diesjährigen Strategischen Forum im slowenischen Bled Anfang September sagte er, dass die Mitgliedsstaaten im Zweifel Freiheiten haben sollten und ein gemeinsames europäisches Vorgehen nicht unbedingt erreicht werden müsse. Die Gemeinschaft habe sich von ihren Grundprinzipien entfernt, kritisierte er die EU und deren „normative Macht“.

Janšas Verhalten während der Ratspräsidentschaft wird keine Folgen für die Union haben, sagt der slowenische Politikwissenschaftler Alem Maksuti. Der Regierungschef, der sich gern als der Trump Europas gibt, habe das Vertrauen seiner Bevölkerung verloren, ebenso wie die Mehrheit im Parlament. Maksuti rät dazu, Populisten wie Janša zu ignorieren. Janša selbst hatte übrigens einer Interview-Anfrage der DW zum Thema eine Absage erteilt.



„
Janez
Janša
gibt auf
Twitter
gern den
Trump.“

Wie (Lokal-) Journalismus unsere Demokratie verändern kann

Für den US-Historiker Timothy Snyder zeigt die Entführung eines Passagierflugzeugs durch einen Kampffjet der belarussischen Luftwaffe im Mai 2021, wie sehr es auf eine wahrheitsgemäße Berichterstattung ankommt. Reporter sind in Snyders Augen die Helden unserer Zeit. In einer Welt, die von Informationen regelrecht überschwemmt wird, ist objektiver Journalismus wichtiger denn je. Er plädiert zudem für eine Stärkung lokaler Medien.

Text **Timothy Snyder**, US-Historiker

○ Damit die Demokratie funktioniert, müssen wir uns wappnen. Und Neues lernen. Dazu leistet eine wahrheitsgemäße Berichterstattung einen wichtigen Beitrag. Und wenn die Medien im 21. Jahrhundert funktionieren sollen, muss schon auf lokaler Ebene auf sie Verlass sein.

Derzeit konzentriert sich die Politik auf die Vergangenheit und Geschichten darüber, wie großartig wir einmal waren. Eine positive Zukunft wird fast völlig ausgeblendet. Medien können dieses Problem zwar nicht lösen, aber es gibt Geschichten über die Zukunft, über die berichtet werden könnte. Ein Beispiel: Einige der Technologien, die erforderlich sind, um zu anderen Planeten zu gelangen, sind die gleichen, die wir für die Kernfusion und die Bekämpfung der globalen Erderwärmung benötigen. Medien können den Menschen helfen, gelassen und optimistisch über die Zukunft nachzudenken. Ich glaube an eine wahrheitsgetreue und investigative Berichterstattung. Aber wenn Menschen kein Gefühl für die Zukunft haben, werden sie auch nicht auf die Fakten achten, um die Journalisten heute so hartnäckig ringen.

Wir müssen erkennen, dass die digitale Welt ihren eigenen Rhythmus entwickelt hat, der uns nicht unbedingt entgegenkommt. Das Internet muss >



„ Das Internet muss nicht so sein, wie es jetzt ist. Neue Medien brauchen Zeit, um sich zu entwickeln.“

> nicht so sein, wie es jetzt ist. Neue Medien brauchen Zeit, um sich zu entwickeln, und wir haben die Möglichkeit und das Recht, diese zu gestalten.

Neue Medien haben schon früher zu enormen Umwälzungen beigetragen. So führte beispielsweise die Erfindung des Buchdrucks zu 150 Jahren Religionskrieg. Die Medien, die wir als beruhigend, spannend und demokratisch empfinden, haben Jahrzehnte und Jahrhunderte gebraucht, um sich zu entwickeln. Das Internet wird eine andere Form annehmen. Diese hängt entscheidend von uns ab.

Nehmen wir den Aspekt der Pädagogik. Ich kenne viele Menschen, die in der digitalen Welt eine Menge Geld verdienen haben. Keiner von ihnen hat seine Kinder in eine mit Bildschirmen ausgestattete Schule geschickt. Warum sollten wir unsere Kinder in Schulen schicken, in denen es Computer gibt – wenn zugleich die Leute, die am besten wissen, wie Computer funktionieren, diese aus Klassenzimmern verbannen wollen? Ich halte die Digitalisierung des Klassenzimmers in den Vereinigten Staaten für eine Katastrophe. Und es ist eine Schande, dass Deutschland und andere Länder jetzt Geld investieren, um weniger menschliche Klassenzimmer zu schaffen. Wenn wir wollen, dass die Medien ihren Beitrag zur Demokratie leisten, sind Klassenräume erforderlich, die dazu beitragen, Schüler darauf vorzubereiten, mit Medien umgehen zu können.

Wir sehen uns veranlasst, Dinge, die Maschinen nicht leisten können, geringer zu bewerten: Maschinen sind nicht gut im Erschaffen. Sie sind nicht gut in der Kunst. Sie sind nicht gut in den Geisteswissenschaften. Und sie sind nicht gut in der Berichterstattung. Wir befinden uns also in einer tragischen Situation: dass wir gerade dann, wenn wir weltweit mehr und eine bessere Berichterstattung brauchen, diese unterbewerten. Diese Bewertungsfrage ist äußerst wichtig. Die Berichterstattung muss nicht nur moralisch, sondern auch finanziell gewürdigt werden. Wir müssen Wege finden, um sicherzustellen, dass der Beruf des Reporters auch künftig gut bezahlt wird.

Schließlich müssen wir in der Lage sein zu sagen, dass die Wahrheit wichtig ist. Die Wahrheit ist ein Horizont. Sie ist es wert, ernst genommen zu werden. Wenn wir nicht bereit sind zu sagen, dass uns Fakten und Wahrheit wichtig sind, werden wir es schwer haben, die Medien weiterhin zu nutzen, um die Demokratie am Leben zu erhalten. Eine Lektion, die in den vergangenen Jahren in den Vereinigten Staaten nur allzu deutlich geworden ist. ●

Hinweis zum Vorspann: Das Passagierflugzeug hatte sich auf dem Weg von Athen in die litauische Hauptstadt Vilnius befunden und wurde zur Landung in Belarus gezwungen. Dort wurde dann ein Passagier, ein weißrussischer Journalist, verhaftet.

Timothy Snyder

ist Bestsellerautor und hat eine Professur für Geschichte an der Yale University in den USA. Seine Werke wurden in 40 Sprachen veröffentlicht und mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Dieser Beitrag basiert auf seinem Vortrag über disruptive Demokratien und die Medien auf dem diesjährigen **DW Global Media Forum**.



[@TimothyDSnyder](#)



Das ganze Gespräch ist auf YouTube abrufbar

- 1 Panel zum Thema „Medienfreiheit in disruptiven Zeiten“ mit Irene Khan, Berichterstatteerin für Meinungsfreiheit im Amt des UN-Hohen Kommissars für Menschenrechte, der iranischen Aktivistin und Journalistin Masih Alinejad und Erol Önderoglu, Türkei-Korrespondent bei Reporter ohne Grenzen.
- 2 Meike Koch (RTL), Vladimir Garay (Derechos Digitales), Maria Makeeva (OstWest TV) diskutierten zum Thema „Hass und Fehlinformation – Die Fallstricke der Online-Kommunikation“.
- 3 Grußwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Global Media Forum 2021.
- 4 Der nigerianische Schriftsteller und Jurist Richard Ali mit DW-Chefredakteurin Manuela Kasper-Claridge im Gespräch zum Thema „Verschwörungstheorien und Fake News – Wie Medien Vertrauen zurückgewinnen können“.



”

**Maschinen
sind nicht gut
im Erschaffen.
Und sie sind
nicht gut in
der Bericht-
erstattung.**

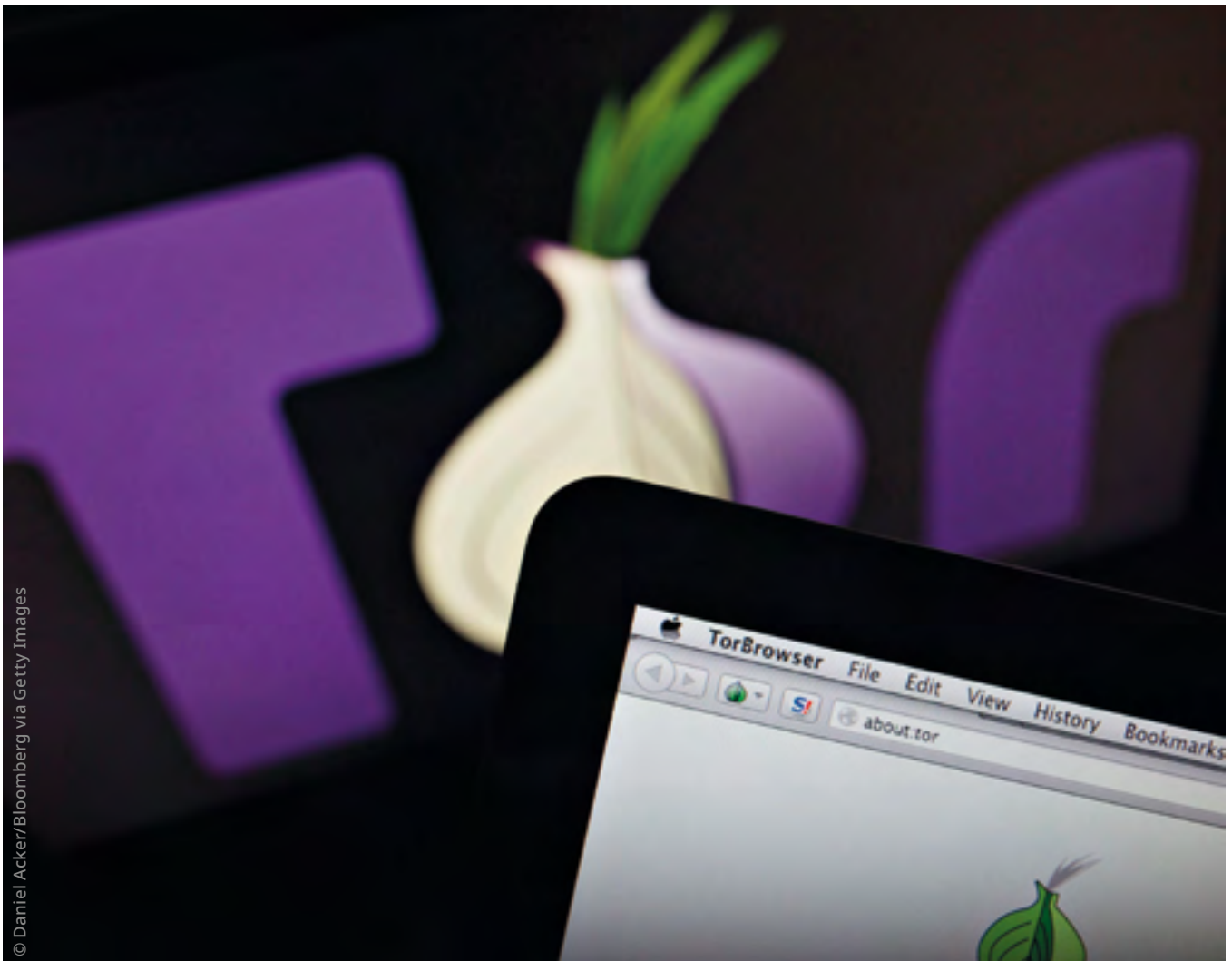
Anonym dank Zwiebelprinzip

Online unterwegs, ohne Spuren zu hinterlassen

Text **Oliver Linow**, Internet Freedom Specialist, DW IT- and Cybersecurity

○ Menschen, die Wert auf einen hohen Schutz ihrer Privatsphäre legen oder aus politischen Gründen auf diesen Schutz angewiesen sind, können Webseiten mit Tor aufrufen, ohne dabei Spuren im Netz zu hinterlassen. Dafür benötigen Nutzerinnen und Nutzer einen Tor-Browser. Mit diesem wird ihr Internet-Verkehr automatisch über mehrere Tor-Server geleitet, die mit einer eigenen Verschlüsselung für Anonymisierung sorgen. Erst dann geht es zum eigentlichen Ziel: dem Webserver, den sie besuchen wollen.

Diesen Vorgang nennt man Routing. Weil die Tor-Server ihre Verschlüsselung auf die Verschlüsselung der anderen



Server legen, erinnert das Ganze an Zwiebelschichten. Tor steht für „The Onion Routing“ – der Name ist Programm.

Auch die DW macht mit

Inhalteanbieter, die ihre Angebote direkt ins Tor-Netzwerk stellen möchten, betreiben dafür einen sogenannten Onion-Service. Das ist ein Webserver, der direkt an das Tor-Netzwerk angebunden ist. Diese Webseiten erkennt man an der Endung *.onion*. Sie sind nur über den Tor-Browser abrufbar.

Auch die Deutsche Welle betreibt schon länger einen eigenen Onion-Service, und erleichtert damit Nutzern in aller Welt den anonymen Zugang zu freien Medien – insbesondere den Menschen, die Repressionen wegen der Nutzung solcher freier Medien befürchten müssen. Auch für Journalisten kann Tor ein nützliches Werkzeug sein, etwa wenn sie nicht regulär recherchieren können, weil sie von staatlichen Akteuren und Geheimdiensten verfolgt werden. Das ist von entscheidender Bedeutung, weil schon die Angst vor Überwachung sonst schnell zur Selbstzensur führen kann.

Tor schützt nicht nur die Anonymität der Nutzer, sondern bietet ihnen auch in zensierten Märkten Wege zu freien Informationen.

So blockieren autoritäre Staaten oft Inhalte von internationalen Informationsanbietern wie der DW, der BBC oder der New York Times. Mit Tor kann diese staatliche Zensur umgangen werden.

Das Tor-Projekt hat dieses Jahr beschlossen, nur noch Adressen mit einer Länge von 56 Zeichen zu unterstützen und dafür den „Onion v3-Standard“ verabschiedet. Adressen im neuen Standard gelten nicht nur aufgrund der größeren Länge, sondern auch aufgrund weiterer moderner kryptografischer Funktionen für die nächsten Jahre als sicher.

Seit Juni ist die DW über die folgende Onion-Service-Adresse abrufbar: <https://dwnewsgngmhlplx62twtf-gjnrjxbegbwqx6wnotdhkzt562tszfid.onion>.

Weil diese v3-Adressen sehr schwer zu lesen und zu merken sind, reicht im Tor-Browser auch die Eingabe der öffentlich bekannten Adressen aus, zum Beispiel *dw.com*. Der Tor-Browser bietet dann an, die komplizierte Tor-Adresse einmalig und bei künftigen Seitenaufrufen automatisch zu nutzen. ●



Mit Fashion für Freiheit werben

In dieser Saison trägt man Freiheit: Mit der neuen **Uncensored Collection** die DW auf Zensurumgehung aufmerksam. Mit frischen Designs und klaren Statements können die Träger*innen für freie Informationen eintreten. Dabei tragen sie die Hilfen für die Umgehung von Zensurmaßnahmen buchstäblich am Leib: Neben der aufgedruckten Botschaft enthält jedes Kleidungsstück einen Waschzettel, der erklärt, wie Zensurmaßnahmen umgangen werden können – egal, an welchem Ort.

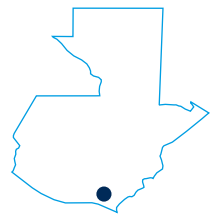
Die neue Uncensored Collection wurde in Zusammenarbeit mit dem Berliner Designer Marco Scaiano entwickelt und ist auf uncensored.dw.com/collection erhältlich. Die begleitende Werbekampagne läuft überall dort, wo die Zielgruppe sich informiert: auf Social Media, On Air, Online und auf Werbeflächen am Frankfurter Flughafen. Die Erlöse aus der Kollektion kommen dem Committee to Protect Journalists (CPJ) zugute, einer unabhängigen, gemeinnützigen Organisation, die sich weltweit für die Pressefreiheit einsetzt.



Informatecos auf Sendung

Indigene Gruppen in Lateinamerika sind doppelt bedroht: von Covid-19 und Desinformation. In Guatemala sorgen mehr als 800 Jugendliche mit faktenbasierten Informationen in lokalen Sprachen für Aufklärung in der Pandemie.

Text **Patricia Noboa Armendariz**, DW Akademie



○ „Aus Angst haben sich die Jugendlichen abgeschottet; sie sind in der Welt der digitalen Medien versunken und haben Informationen weitergegeben, von denen sie nicht wussten, ob sie wahr oder falsch sind.“ So beschreibt Feliciano Mo die enorme Verunsicherung, die durch die Lawine von WhatsApp- und Facebook-Nachrichten oder Tweets über Covid-19 in den indigenen Gemeinden Guatemalas entstanden ist. Feliciano ist ein *Informateco*. Die Bezeichnung beruht auf einem spanischen Wortspiel, das *Information* und

aus Guatemala kombiniert. Die *Informatecos* sind junge Indigene, die Medien- und Informationskompetenz, kurz MIL für Media and Information Literacy, in ihre Gemeinden tragen. „Unser Bildungssystem fordert uns nur sehr selten auf, kritisch zu sein und die uns zur Verfügung stehenden Informationen zu analysieren. Genau das ist es, was uns MIL lehrt“, erklärt Mayary Cutzal. Sie ist wie Feliciano eine der lokalen indigenen MIL-Expertinnen und -Experten, die Asociación Comunicar, Partner der

Während einer Zeremonie für den Heiligen Simon raucht eine indigene Familie eine Zigarre außerhalb des Tempels von San Andrés Itzapa in Guatemala im August 2020. Tausende von Menschen glauben, dass der Heilige Menschen hilft, Arbeit zu finden, Krankheiten heilen kann und Familienprobleme löst.

➤ DW Akademie, seit 2020 ausgebildet.

Fast die Hälfte der Bevölkerung (43 Prozent) in Guatemala gehört einer der indigenen Gemeinschaften an und spricht mindestens eine der 24 lokalen Sprachen. Spanisch ist jedoch die Sprache, in der die Regierung und öffentliche Stellen kommunizieren und in der die Medien hauptsächlich berichten. Lebenswichtige Informationen zu Covid-19 oder der Impfpriorisierung sind daher für die indigene Bevölkerung oft nur schwer zugänglich. Desinformation und Fake News hingegen verbreiten sich in diesem Kontext rasant.

Für die Sprachen Q'eqchi', Kaqchikel, Achi' und Quiche' – darunter die drei meistgesprochenen indigenen Sprachen des Landes – gibt es jeweils eine MIL-Expertin oder einen MIL-Experten. Sie begleiten die indigenen Jugendlichen

ihrer Gemeinschaften bei der Teilnahme an digitalen MIL-Bildungsangeboten von Comunicares.

Mehr als 800 indigene Jugendliche lernen Medienkompetenz mit ihrem Smartphone.

In den ländlichen Gebieten Guatemalas ist der Zugang zum Internet sehr eingeschränkt, die jungen Teilnehmenden werden daher über Video- oder Audioanrufe auf ihren Mobiltelefonen erreicht. Die digitalen Schulungen beinhalten Online-Spiele und interaktive Videos. Im Frühjahr tourten die MIL-Expertinnen und -Experten sogar mit einem mobilen Multimedia-Produktionsstudio durch die vier Sprachregionen Guatemalas.

Die Jugendlichen erstellten Audios und Videos, in denen sie ihren Gemeinden in ihrer Muttersprache erklärten, wie sie mit Informationen über Covid-19 umgehen sollen.

”
Es hilft uns, unsere Identität zu stärken, indem wir in unserer eigenen Sprache produzieren.

„Sie sind sehr motiviert und glücklich, weil sie zeigen können, was sie gelernt haben“, erklärt Mayary. Sie ist davon überzeugt, dass die eigene praktische Erfahrung und der kulturelle Bezug für Medienkompetenz entscheidend sind: „Es hilft uns, unsere Identität zu stärken, indem wir in unserer Sprache produzieren.“ Die Inhalte werden sowohl über lokale Medien als auch über Soziale Netze verbreitet.

Das innovative Lernmodell ist aufgrund seines Multiplikatorenprinzips ein großer Erfolg: Die jungen *Informatecos* geben ihr Wissen kontinuierlich weiter. So konnten bis Juli 2021 bereits 825 indigene Jugendliche im Alter von 14 bis 23 Jahren geschult werden. „Wir eröffnen jungen Menschen Räume, in denen sie sich ausdrücken können“, sagt Feliciano stolz. ●



Die jungen *Informatecos* erklären vor der Kamera, wie man Desinformation bekämpft.

Auf einmal waren wir ein Risiko für die Menschen

Die Covid-19-Pandemie hat Auswirkungen auf die Arbeit von Medienschaffenden weltweit. Der Investigativjournalist Andrés Bermúdez Liévano spricht über die Lage in Kolumbien.

Fragen **Alexander Matschke**, DW Akademie



○ *Was bedeutet die Pandemie für die unabhängigen Medien und die Meinungsfreiheit in Kolumbien?*

Die Pandemie hat vor allem die unabhängigen, kleineren Medienbetriebe daran gehindert, von vor Ort zu berichten. Kolumbien hatte einen der härtesten Lockdowns der Welt. Reiseverbindungen wurden teurer oder waren gesperrt.

Durch einen Erlass der Regierung zu Beginn der Pandemie wurden einzelne Gesetze zur Informationsfreiheit praktisch unwirksam: Weil staatliche Einrichtungen weniger Personal hatten, durften sie sich mehr Zeit bei der Beantwortung von Medienanfragen lassen. Jetzt dauert es teils mehr als zwei Monate, bis man Informationen von öffentlichen Stellen erhält.

Die Pandemie brachte uns zudem in die schwierigste wirtschaftliche Situation seit Ende der 1990er-Jahre. Das hat auch die Medien überaus hart getroffen. >



Erziehrinnen und Kinder spielen inmitten der Corona-Pandemie im Kindergarten „Candelaria la Nueva“.

➤ Welche Rolle spielte Desinformation in Kolumbien?

Desinformation gab es zu allen möglichen Themen: von der öffentlichen Gesundheit über Covid-19 bis hin zur Politik. Es entstand geradezu ein Markt für Falschnachrichten, damit wuchs aber auch der Bedarf an Faktenprüfung.

Eine Besonderheit in Kolumbien: Ein Teil der Desinformation betrifft unseren Friedensprozess – den Friedensvertrag, die juristische Aufarbeitung von Straftaten im bewaffneten Konflikt und die Versöhnung.

Was brauchen Medien, um für künftige Krisen gewappnet zu sein?

Dem Wissenschaftsjournalismus sollte in Lateinamerika viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dies ist eine Chance für Institutionen, die Journalistinnen und Journalisten aus- und weiterbilden. Zweitens hat uns die Pandemie gezeigt, wie wichtig psychische und emotionale Gesundheit ist – zum einen als Gegenstand der Berichterstattung, zum anderen für Journalistinnen und Journalisten selbst. Drittens brauchen wir mehr grenzüberschreitende journalistische Zusammenarbeit in der Region, auch wenn hier in den vergangenen Jahren schon viel passiert ist. ●

Das Interview wurde im Rahmen der Studie „Coronavirus-Pandemie: Auswirkungen auf die Medienfreiheit in globaler Perspektive“ geführt.



Studie: Pandemie beeinträchtigt Medienfreiheit

Medien- und Desinformationskrise, digitale Kluft, Repression: Die Corona-Pandemie hat sich in weiten Teilen der Welt negativ auf die Meinungs- und Medienfreiheit ausgewirkt. Das verdeutlicht die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in Auftrag gegebene Studie „Coronavirus-Pandemie: Auswirkungen auf die Medienfreiheit in globaler Perspektive“ der DW Akademie.



➔ dw.com/p/3ysYU

Andrés Bermúdez Liévano



ist Investigativjournalist aus Kolumbien und Koordinator des Centro Latinoamericano de Investigación Periodística (Lateinamerikanisches Zentrum für investigativen Journalismus, CLIP). Er beschäftigt sich unter anderem mit Umweltthemen und Übergangsgerechtigkeit in Kolumbien. Bermúdez Liévano arbeitet im Datenjournalismus-Projekt der DW Akademie **Tierra de Resistentes**.

🐦 [@BermudezLievano](https://twitter.com/BermudezLievano)



”

In Indonesien wird neben der Abholzung des Regenwaldes massiv der Kohleabbau gefördert.

Gigantische Umwälzungen

o „Das neue Berichtsgebiet habe ich zunächst wie ein Fisch im Aquarium erlebt. Nach 72 Stunden konnte ich immerhin vorhersagen, wann die Werbetafeln in der Stadt wechseln“, erinnert sich Georg Matthes an seine ersten Tage in Jakarta, die er in Covid-19-Quarantäne im 23. Stock eines Hotels verbringen musste.

Jetzt möchte er möglichst schnell in die Lebenswirklichkeit der Menschen in der Region eintauchen. Der asiatisch-pazifische Raum bietet eine Vielfalt an politischen Strukturen und Systemen, sagt Matthes, der zuvor als DW-Korrespondent aus Brüssel berichtete.

Indonesien ist das vierthöchste bevölkerungsreichste Land der Welt und zugleich das größte muslimische Land. Auf 17.000 Inseln leben hunderte ethnische Gruppen. Darunter sind auch viele nicht-muslimische Glaubensrichtungen; der Islam ist in Indonesien keine Staatsreligion.

Neben unberührter Natur sieht Matthes hier „schreckliche Ausmaße von Umweltverschmutzung, zähe Bürokratie und einen der am schnellsten

Mit der Eröffnung eines Studios in Jakarta rückt die DW in Asien näher an ihre Zielgruppe heran. Georg Matthes leitet seit August das DW Asia Pacific Bureau. Wie denkt er über den Klimawandel und dessen Folgen in der Region sowie über Spannungsfelder in Südostasien?

Text **Ivana Drmić**, DW-Redakteurin

wachsenden IT-Märkte der Welt sowie die vielleicht beste Küche Asiens“. Matthes ist vom Fach: In seiner Zeit in Brüssel hat er mit seiner Multimedia-Serie „Baking Bread“ mit 28 Brotrezepten aus ganz Europa mehrfach Auszeichnungen erhalten.

Die Hälfte der 630 Millionen Menschen in der Region der ASEAN-Staaten ist jünger als 30 Jahre. Dies spiegelt sich in der hohen Nutzung Sozialer Medien wider. So belegt Indonesien Platz vier der Weltrangliste der Facebook- und Platz drei der Twitter-Nutzung. Eines der größten Spannungsfelder sieht Matthes zwischen den Bereichen Politik und Religion. „Teile der Bevölkerung befürworten eine konservative Ausrichtung, andere machen sich für eine liberale Politik stark.“

Präsident Joko Widodo habe „enorme Infrastrukturprojekte angeschoben, will die Korruption im Land bekämpfen und die Hauptstadt auf eine andere Insel verlegen“.

Hinzu kommen gigantische umweltpolitische Umwälzungen. „Wir sprechen oft über Brasilien als die grüne Lunge der Welt und vergessen, dass der andere Lungenflügel in Indonesien liegt“, sagt Matthes. In Indonesien wird neben der Abholzung des Regenwaldes massiv Kohle gefördert. „80 Prozent des Brennstoffs exportiert Indonesien nach Indien und China.“ Aufgrund der Zusagen dieser Länder beim Pariser Klimagipfel werde diese Nachfrage mittelfristig aber einbrechen.

Ein DW-Studio in Jakarta sei der ideale Ausgangspunkt,

um über Politik, Kultur, Umwelt oder Wirtschaft in Südostasien und Australien zu berichten. „Dank der Expertise der Kolleginnen und Kollegen vor Ort und auch der Indonesisch-Redaktion in Bonn gewinnt die Berichterstattung aus der Region für die Region ein neues Niveau.“ So könnten Ortskräfte langfristig in die Berichterstattung einbezogen werden.

Inhaltlich kehrt Matthes als Leiter des Asia Pacific Bureau auch zu seinen akademischen Wurzeln zurück. Der Journalist hat an der School of Oriental and African Studies der London University seinen Bachelor und Master abgeschlossen. Der Schwerpunkt: International Relations und Asien. ●

[@GeorgMatthes](#)

Impressum

Deutsche Welle
Corporate Communications
53110 Bonn
T +49.228.429-2041
weltzeit@dw.com
dw.com/presse

➤ flickr.com/photos/deutschewelle
➤ issuu.com/deutsche-welle
🌐 dw.deutschewelle
🐦 @deutschewelle

VERANTWORTLICH

Christoph Jumpelt

REDAKTION

Ivana Drmić, Steffen Heinze

GESTALTUNG

Jorge Loureiro

BILDNACHWEIS

Titel, S. 18, 28, 40, 52: © Christian Barthold
Autorenbilder: S. 13 oben: ©DW/B. Geilert | S. 23: ©Fahim Farooq | S. 26: ©DW | S. 30: ©DW/B. Geilert | S. 34: ©Maciej Walczak | S. 38: ©DW/P. Böll | S. 42: ©privat | S. 45: ©privat | S. 48: ©Dalma Veres | S. 51: ©privat | S. 55: ©privat | S. 58: ©DW | S. 62: ©picture alliance/dpa/Susannah V. Vergau | S. 71: ©privat

DRUCK

MKL Druck GmbH & Co. KG

Das Papier für diese Weltzeit wurde aus Holz erstellt, das aus verantwortungsvoller, nachhaltiger, europäischer Waldwirtschaft stammt. Es wird auf Düngemittel und Pestizide verzichtet und der Bestand wird wieder aufgeforstet.

WERBUNG

T +49.228.429-2731
adsales@dw.com

**SCHREIB
FÜR
FREIHEIT!**

AMNESTY
INTERNATIONAL 

FREIHEIT FÜR ZHANG ZHAN

#FreeZhangZhan

PRÄSIDENT XI, JOURNALISMUS IST KEIN VERBRECHEN!

Am 26. November startet der diesjährige Amnesty-Briefmarathon: Bereits zum 20. Mal setzen sich Menschen weltweit gemeinsam mit Amnesty International für zehn Personen und Organisationen ein, die sich den Menschenrechten verschrieben haben und dafür von ihren Regierungen angegriffen, gefoltert oder schikaniert werden. Zu ihnen gehört die chinesische Journalistin Zhang Zhan (张展), die inhaftiert wurde, weil sie über den Ausbruch von Covid-19 berichtete.

Zhang Zhan reiste im Februar 2020 nach Wuhan. Im Mai 2020 verschwand sie. Später wurde bekannt, dass die Polizei sie festgenommen hatte. Sie wurde zu vier Jahren Haft verurteilt. Nachdem sie im Juni 2020 aus Protest gegen ihre Inhaftierung in den Hungerstreik getreten ist, soll sie von Beamten zwangsernährt worden sein. Zhang Zhan wurde Ende Juli 2021 wegen starker Mangelernährung in ein Krankenhaus eingeliefert. Ihr Gewicht liegt jetzt unter 40 kg, ihr Leben ist in akuter Gefahr. Die Behörden verweigern ihr Besuche ihrer Familie und den Zugang zu einem Rechtsbeistand ihrer Wahl – so bleibt sie dem Risiko weiterer Folter und anderer Misshandlungen ausgesetzt.

**Fordere den chinesischen Präsidenten Xi Jinping dazu auf,
Zhang Zhan bedingungslos freizulassen unter [briefmarathon.de](https://www.briefmarathon.de)**

AMNESTY
INTERNATIONAL





Made for minds.

Unbiased information never looked so good

Fashion for free minds.

**SUPPORT
FREE SPEECH
WITH EVERY
GARMENT.**



Find out more about our
Uncensored Collection at
[uncensored.dw.com](https://www.uncensored.dw.com)

